

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Verantwortlich: Dr. med. Wilhelm Lindau, Magdeburg - Druck und Verlag von H. P. Annich & Co. Magdeburg, Große Mühlenstraße 1 - Fernsprecher: 4141 bis 4207 - Postzeitungslizenz 2. Nachtrag Nr. 110 - Preis: 15 Pfennig - Abonnement: 2.00 Mark - Einzelheft: 15 Pfennig - Sonntags: 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10-spaltige 20-Millimeter breite Nonpareilzeile 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 Pf., die dreispaltige 20-Millimeter breite Familienzeile 10 Pf., auswärts 15 Pf., Kabiniert gedruckt, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzverordnungen siehe Gewehr-Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 266.

Magdeburg, Sonnabend den 13. November 1926.

37. Jahrgang.

Vorläufiger Ausgleich.

Die verschiedenen Parteien, die die Reichsregierung in den letzten Tagen erlebte, haben ihrer Presse immer wieder den Ruf entlockt, daß es „so nicht weitergehen“ könne. Es sei unmöglich, daß das Kabinett sich immer aufs neue Schwierigkeiten gegenübersehe, die durch Mehrheitsbildungen der außerhalb der Regierung stehenden Parteien entständen.

Die Klagen und Rotrufe waren durchaus berechtigt. Nur scheint es uns, als ob es noch wichtiger gewesen wäre, Vorkehrungen zu treffen, daß solche unangenehmen Situationen überhaupt vermieden worden wären. Das Kabinett mußte, daß es von Hause aus nur

eine Minderheit im Parlament

hinter sich hat. Es war also seine Pflicht, sich bei allen Fragen, die einen Konfliktstoff enthielten, vorher nach der einen oder der andern Seite hin zu sichern. Es ging nicht an, daß es die Dinge an sich heran kommen ließ, um sich dann händeringend vor den Scherbenhaufen zu stellen. Hier lag ein schwerer Fehler vor. Ob er mit dem Verfahren der zum Ausgleich und zur Behebung solcher parlamentarischen Differenzen bestellten amtlichen Persönlichkeiten ansprechend zu erklären ist, kann vielleicht zweifelhaft sein. Das Wahrscheinlichere ist, daß die Parteien der Mitte sich

selber nicht einig

über waren, an welche Seite sie sich zur Schaffung einer Majorität wenden sollten und welcher von den Parteien, die in Frage kamen, sie Zugeständnisse machen dürften. Sie haben immer alle von der Notwendigkeit einer Verbreiterung der Basis geredet, aber sie konnten sich, da sie immer über das anzustrebende Ziel nicht miteinander übereinkommen, nicht entschließen, das Problem wirklich ernsthaft anzupacken.

Sie haben dann, als das Unglück geschehen war, Deutsch-nationale und Sozialdemokraten mit heftigen Vorwürfen bedacht, wobei wirklich nicht zu verstehen ist, welcher berechnete Tadel gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen werden kann. Die Sozialdemokratie hat ihre Anträge gestellt, nicht aus irgendwelchen agitatorischen Bedürfnissen heraus, sondern weil wir sie als wichtig für berechtigt hielten, und wir hatten um so weniger Grund, uns dabei irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen, als Regierung und Regierungsparteien davon Abstand nahmen, sich mit uns in Verbindung zu setzen oder Verhandlungen mit uns anzunehmen. Wenn dann die Deutschnationalen unsere Vorschläge unterstützten,

weil „der Herr Graf es befohlen hatte“,

so war es nicht unsere Schuld, daß die Regierung in der Minderheit blieb. Die Absicht der Westarp-Lente, sich die Tür zum Kabinett gewaltsam zu öffnen, war klar, und es gab nur die beiden Möglichkeiten, ihnen entgegenzukommen oder aber die Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Abwehr des Einbruchversuchs heranzuziehen. Der Entwurf der Dinge mit verhärteten Armen zuzusehen — das war alles andere als Regieren und Politik treiben. Auf diese Weise discreditierte man sich selbst und discreditierte man den Parlamentarismus.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte an der Fortdauer dieses Zustandes wahrhaftig kein Interesse. Aber sie konnte auch keinerlei Initiative ergreifen,

die dahin ausgelegt worden wäre, daß sie sich zur Mitarbeit aufdränge oder gar den dringenden Wunsch habe, in die Koalition aufgenommen zu werden. Sie mußte warten, bis man an sie herantrat.

Das ist am Donnerstag geschehen, indem der Reichskanzler die Fraktionsführer zu einer Besprechung anforderte. Die Unterhaltung, an der die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Weiß, Dittmann und Breitscheid teilnahmen, ging natürlich zunächst einem mehr unverbindlichen und persönlichen Charakter. Aber es wurde in ihr doch alle Möglichkeiten durchgesprochen, die sich aus der Situation ergeben können, und sie hatte auch insofern einen praktischen Erfolg, als der Reichskanzler, der im Namen des Kabinetts redete, schließlich die Anregung gab, daß sich Regierung und Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in regelmäßiger Verbindung halten sollten, um bevor Entscheidungen fallen, den Versuch einer Verständigung zu unternehmen.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich mit diesem Vorschlag

einverstanden erklärt.

und zweifellos wird die Partei ihm zustimmen. Es kommt darauf an, die Regierung von einem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns einer Rückbildungsmehrheit entgegen, so wäre sie ganz naturnotwendig genötigt, den Kontakt mit den Deutschnationalen zu suchen, was bei der

Schulz bleibt in Haft.

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Gegen das Urteil im letzten Fememordprozeß, in dem Schulz und Sapp freigesprochen wurden und das Klapproth mit einem Jahre Gefängnis bedachte, wird Revision eingelegt werden, und zwar von den Vertretern des Nebenklägers. Die Rechtsanwälte Löwenthal und Falkenfeld, die durch das Vorgehen des Vorsitzenden zur Niederlegung ihrer Mandate veranlaßt wurden, haben jetzt ihre Mandate wieder aufgenommen.

Die Revision wird in erster Linie die unzulässige Verurteilung in der Durchführung der Nebenklage in der Hauptverhandlung rügen. Die Vertreter des Nebenklägers werden beim Reichsgericht beantragen, die ganze Sache an ein anderes Schwurgericht zu verweisen.

Der Oberleutnant Schulz bleibt trotz seiner Freisprechung weiterhin in Haft, da gegen ihn noch weitere Verfahren, unter andern der Fall Wilms, schweben. —

Feme im Gerichtssaal.

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die aus Landsberg gemeldet wird, sind in den letzten Tagen dem Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Löwenthal, zahlreiche Drohbriefe und offene Karten antisemitischen Inhalts zugegangen. Auch der Nebenkläger Gädike hat so zahlreiche Drohbriefe erhalten, daß er seine guten Gründe hatte, der Schlußfassung des Prozesses fern zu bleiben. Schon vor Beginn des Prozesses war ihm in seiner Heimat durch Briefe angedroht worden, seine Reise nach Landsberg werde die letzte sein. —

Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

London, 12. November. Die Betrachtungen der englischen Morgenblätter über die gestrigen Verhandlungen der Bergarbeiterregulierung mit der Regierung sind allgemein auf die Tendenz eingestellt, daß der Kohlenstreik zu Ende geht. In irgendwelchen festen Abmachungen scheint es indes noch nicht gekommen zu sein. Man kann aber annehmen, daß der Abbruch des Streiks unmittelbar bevorsteht.

Die Basis der Verhandlungen ist der Regierungsvorschlag für die Schaffung eines nationalen Schiedsgerichts und die Niederlegung nationaler Prinzipien im Bergarbeiterabkommen.

Die Regierung schlägt die Einsetzung eines Komitees von drei Sachverständigen für die Dauer von sechs Monaten vor, das sich noch einmal mit den bezirksweisen Abmachungen zu beschäftigen und zuzusehen hat, daß die Bestimmungen dieser Abmachungen mit den allgemein von der Regierung niedergelegten Prinzipien übereinstimmen. Mit diesem Angebot war die Forderung verbunden, daß eine Art Garantie gegeben werden solle für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Industrie für eine gewisse Reihe von Jahren. —

Verhandlungen mit den Bergarbeitern.

London, 12. November. In der kurz nach 3 Uhr früh begrenzten Erörterung zwischen Regierung und Bergarbeiterverband überreichte die Regierung dem Bergarbeiterverband vollständige Vorschläge über eine Regelung, die im wesentlichen das letzte Wort der Regierung darstellen.

Der Bergarbeiterverband versammelt sich heute vormittag um 10 Uhr zusammen, um den Entwurf zu erwägen. Die Delegiertenversammlung findet um 12 Uhr mittags statt. Die Verhandlung wird die Regierung, wenn die Bergarbeiter ihren Entwurf annehmen, im Verlauf der aller nächsten Tage eine diesbezügliche Vorlage einbringen. —

Schwere Bedingungen.

London, 12. November. Das von der Regierung den Bergarbeitern überreichte Memorandum bejagt u. a.: Der Bergarbeiterverband verpflichtet sich, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeiten mittels Bezirksregelung zu fördern, wobei die Arbeitsstunden nicht aus den Bezirksverhandlungen ausgeschlossen werden. Was die Löhne betrifft,

soil in jedem Bezirk, ausgenommen Northumberland, Durham, Cumberland und Northwales, nach der Wiederaufnahme der Arbeit ein allgemeines Bezirksabkommen auf die Grundlöhne gesetzt werden, der nicht geringer ist als der am 12. April geschlossene, und in den Bezirken — ausgenommen die oben genannten —, wo ein Mindestlohn auf Grund des Abkommens vom Jahre 1924 bestand, derselbe Mindestlohn.

Ein weiterer Punkt des Memorandums bejagt, daß Arbeiter eingestellt werden sollen, wie sich die Gelegenheit bietet, ohne Beeinträchtigung der augenblicklich in Arbeit stehenden. Es soll ein Distriktsamt mit einem unabhängigen Vorsitzenden eingesetzt werden. Eine periodische Regelung des Bezirksabkommens soll stattfinden.

Die Regierung verpflichtet sich, wenn sie überzeugt ist, daß die zuerst angeführten Bedingungen erfüllt sind, ein Gesetz einzuführen, durch das jedes Bezirksabkommen, wenn es auf der Grundlage eines längeren Arbeitstages unter der Erde abgeschlossen worden ist, als er in dem Bezirk 1926 galt, zum Gegenstand eines Appells an eine nationale schiedsgerichtliche Autorität gemacht werden kann. Jeder der Teilnehmer kann sich an dieses nationale Schiedsgericht wenden. —

Lohnangebot der Unternehmer.

London, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In den Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind die letzten der Arbeiterseite zugestanden Bedingungen für die Beilegung des Streikes die folgenden: Die Grubenbesitzer haben erklärt, daß sie in ihren Lohnangeboten den bisherigen Grundlohn beibehalten wollen, wonach der Reingewinn, der verbleibt, nachdem die Betriebskosten der Gruben gedeckt sind und den Arbeitern ein Mindestlohn von 120 Prozent der Vorkriegslöhne gezahlt worden ist, zwischen dem Arbeitslohn und dem Unternehmerngewinn im Verhältnis von 85 zu 15 Prozent geteilt werden soll. —

Russisch-türkischer Vertrag gegen Italien?

Paris, 12. November. (Radio.) Aus Konstantinopel meldet der „Petit Parisien“ unter Vorbehalt, daß Tschittscherin und der türkische Außenminister am Sonnabend in Odessa einen Handelsvertrag abschließen werden. Es steht noch nicht fest, ob sich auch Persien diesem Vertrag anschließen werde. Der persische Gesandte in Ankara hat bereits der Presse erklärt, daß dieser Vertrag vor allem Tingen gegen eine gemeinsame Aktion Italiens, Griechenlands und Bulgariens in Thrakien und Anatolien gerichtet sei. —

Eintritt dieser Partei nichts anderes bedeuten könnte, als ihre Aufnahme in das Kabinett. Gewiß, theoretisch gäbe es auch noch andre Auswege, wie vor allem die Auflösung des Reichstags. Wir hätten sie rein parteipolitische nicht zu fürchten, aber die Frage tut sich an, ob das neugewählte Parlament ein wesentlich anderes und günstigeres Bild bieten würde, gar nicht zu reden davon, ob der Reichspräsident sich zu einem solchen Schritte entschließen könnte.

In einem Teile der Presse, der schon im voraus von den Absichten des Kanzlers erfahren hatte, wird von einer „Arbeitsgemeinschaft“ und von einer „Stillen Koalition“ gesprochen, oder es werden auch noch andre mehr oder weniger schöne Bezeichnungen für den geplanten Versuch gefunden.

Das alles ist falsch.

Die Verpflichtungen der Sozialdemokratie gehen nicht weiter als bis zu der Bereitwilligkeit, den Bemühungen um einen Ausgleich in fröhlichen Fragen nicht zu widerstreben. Man wird sie unterstützen, man wird ihre Argumente zur Kenntnis nehmen, und es wird sich dann in jedem einzelnen Falle zeigen, ob und inwieweit eine Einigung zu erzielen ist.

Das Ganze ist zunächst ein Experiment, und zwar eines, dessen Schwierigkeiten nicht zu verkennen sind. Es kann sein, daß sich früher oder später die Frage nach einer festen Bindung aufs neue aufstellt. Es ist auch möglich, daß sich bald die Unmöglichkeit, diesen Weg länger zu beschreiten, herausstellt und die Klust sich verengt. Wir müssen die Entwicklung zunächst abwarten. Wir werden uns nichts vergeben, aber wir werden bemüht sein, alles was in unseren Kräften steht, zu tun, um auf der einen Seite ein Regieren überhaupt möglich zu machen und auf der andern den so häufig proklamierten Ansprüchen der Deutschnationalen einen Riegel vorzuschieben. —

Taktik der Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in einer mehrstündigen Debatte mit der politischen Lage in ihrer Gesamtheit. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Wille der Fraktion ist dahin zusammenzufassen, daß sie ihre Taktik so einrichten wird, um der Republik den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu erschweren. —

the
spe
the
the
the
the

the
the

the
the
the

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Verantwortlich für den Inhalt: Albert Pauli, Magdeburg. Druck und Verlag von A. Pauli & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. Fernsprechnummer 234 bis 237. Postzeitungssatz 2. Nachtrag: Nummer 110. Preis pro Quartal 4,50 Mark, halbjährlich 8,00 Mark, jährlich 15,00 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig.

Anzeigenpreis: Die 10-spaltige 20-Millimeter breite Nonpareilzeile täglich 20 Pf., auswärts 25 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., Kleinanzeigen 10 Pf., die dreizehnsprossige 10-Millimeter breite Nonpareilzeile täglich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Zeitung Zahlung erfolgt. Für Platzverrichtungen keine Gewähr. Erscheinungsort: Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 266.

Magdeburg, Sonnabend den 13. November 1926.

37. Jahrgang.

Vorläufiger Ausgleich.

Die verschiedenen Pannen, die die Reichsregierung in den letzten Tagen erlebte, haben ihrer Presse immer wieder den Ruf entlockt, daß es „so nicht weitergehen“ könne. Es sei unmöglich, daß das Kabinett sich immer aufs neue Schwierigkeiten gegenübersehe, die durch Mehrheitsbildungen der außerhalb der Regierung stehenden Parteien entstünden.

Die Klagen und Notrufe waren durchaus berechtigt. Nur scheint es uns, als ob es noch wichtiger gewesen wäre, Vorjorge dafür zu treffen, daß solche unangenehme Situationen überhaupt vermieden worden wären. Das Kabinett mußte, daß es von Hause aus nur

eine Minderheit im Parlament

hinter sich hat. Es war also seine Pflicht, sich bei allen Fragen, die einen Konfliktstoff enthielten, vorher nach der einen oder der andern Seite hin zu richten. Es ging nicht an, daß es die Dinge an sich herantommen ließ, um sich dann händeringend vor den Scherbenhaufen zu stellen. Hier lag ein schwerer Fehler vor. Ob er mit dem Versagen der zum Ausgleich und zur Behebung solcher parlamentarischen Differenzen bestellten amtlichen Persönlichkeiten ausreichend zu erklären ist, kann vielleicht zweifelhaft sein. Das Wahrscheinlichere ist, daß die Parteien der Mitte sich selber nicht einig

darüber waren, an welche Seite sie sich zur Schaffung einer Majorität wenden sollten und welcher von den Parteien, die in Frage kamen, sie Zugeständnisse machen dürften. Sie haben immer alle von der Notwendigkeit einer „Verbretterung der Basis“ geredet, aber sie konnten sich, da sie innerlich über das angustrebende Ziel nicht miteinander übereinstimmten, nicht entschließen, das Problem wirklich ernsthaft anzupacken.

Sie haben dann, als das Unglück geschehen war, deutschnationale und Sozialdemokraten mit heftigen Vorwürfen bedacht, wobei wirklich nicht zu verstehen ist, welcher berechtigte Tadel gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen werden kann. Die Sozialdemokratie hat ihre Anträge gestellt, nicht aus irgendwelchen agitatorischen Bedürfnissen heraus, sondern weil wir sie sachlich für berechtigt hielten, und wir hatten um so weniger Grund, uns dabei irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen, als Regierung und Regierungsparteien davon Abstand nahmen, sich mit uns in Verbindung zu setzen oder Verhandlungen mit uns aufzunehmen. Wenn dann die deutschnationalen unsere Vorschläge unterstützten,

weil „der Herr Graf es befohlen hatte“,

so war es nicht unsere Schuld, daß die Regierung in der Minderheit blieb. Die Absicht der Westarp-Sekte, sich die Tür zum Kabinett gewaltsam zu öffnen, war klar, und es gab nur die beiden Möglichkeiten, ihnen entgegenzukommen oder aber die Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Abwehr des Einbruchversuchs heranzuziehen. Der Entwicklung der Dinge mit verschrankten Armen zuzusehen — das war alles andere als Politik treiben. Auf diese Weise diskreditierte man sich selbst und diskreditierte man den Parlamentarismus.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte an der Fortdauer dieses Zustandes wahrhaftig kein Interesse. Aber sie konnte auch keinerlei Initiative ergreifen,

die dahin ausgelegt worden wäre, daß sie sich zur Mitarbeit an der Sache oder gar den dringenden Wunsch habe, in die Koalition aufgenommen zu werden. Sie mußte warten, bis man an sie herantrat.

Das ist am Donnerstag geschehen, indem der Reichskanzler die Fraktionsführer zu einer Besprechung aufforderte. Die Unterhaltung, an der die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Bels, Dittmann und Streißner teilnahmen, trug natürlich zunächst einen mehr unverbindlichen und persönlichen Charakter. Aber es wurden in ihr doch alle die Möglichkeiten durchgesprochen, die sich aus der Situation ergeben können, und sie hatte auch insofern einen praktischen Erfolg, als der Reichskanzler, der im Namen des Kabinetts redete, schließlich die Anregung gab, daß sich Regierung und Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie in regelmäßiger Verbindung halten sollten, um bevor Entscheidungen fallen, den Versuch einer Verständigung zu unternehmen.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben sich mit diesem Vorschlag

einverstanden erklärt,

und zweifellos wird die Partei ihm zustimmen. Es kommt darauf an, die Regierung von einem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns einer Rücknahme verweigern, so wäre sie ganz naturgemäß genötigt, den Anschluß an die deutschnationalen zu suchen, was bei der

Schulz bleibt in Haft.

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Gegen das Urteil im letzten Fememordprozeß, in dem Schulz und Hahn freigesprochen wurden und das Klapproth mit einem Jahre Gefängnis bedachte, wird Revision eingelegt werden, und zwar von den Vertretern des Nebenklägers. Die Rechtsanwälte Löwenthal und Falkenfeld, die durch das Vorgehen des Vorsitzenden zur Niederlegung ihrer Mandate veranlaßt wurden, haben jetzt ihre Mandate wieder angenommen.

Die Revision wird in erster Linie die unzulässige Beschneidung in der Durchführung der Nebenklage in der Hauptverhandlung rügen. Die Vertreter des Nebenklägers werden beim Reichsgericht beantragen, die ganze Sache an ein anderes Schwurgericht zu verweisen.

Der Oberleutnant Schulz bleibt trotz seiner Freisprechung weiterhin in Haft, da gegen ihn noch weitere Verfahren, unter andern der Fall Wilms, schweben. —

Geme im Gerichtssaal.

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Landsberg gemeldet wird, sind in den letzten Tagen dem Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Löwenthal, zahlreiche Drohbriefe und offene Karten antisemitischen Inhalts zugegangen. Auch der Nebenkläger Gädike hat so zahlreiche Drohbriefe erhalten, daß er seine guten Gründe hatte, der Schlußnahme des Prozesses fernzubleiben. Schon vor Beginn des Prozesses war ihm in seiner Heimat durch Briefe angedroht worden, seine Reise nach Landsberg werde die Letzte sein. —

Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

III. London, 12. November. Die Betrachtungen der englischen Morgenblätter über die gestrigen Verhandlungen der Bergarbeiterregulierung mit der Regierung sind allgemein auf die Tendenz eingeleitet, daß der Kohlenstreik zu Ende geht. In irgendwelchen festen Abmachungen scheint es indes noch nicht gekommen zu sein. Man kann aber annehmen, daß der Abbruch des Streiks unmittelbar bevorsteht.

Die Basis der Verhandlungen ist der Regierungsvorschlag für die Schaffung eines nationalen Schiedsgerichts und die Niederlegung nationaler Prinzipien im Bezirksabkommen.

Die Regierung schlägt die Einsetzung eines Komitees von drei Sachverständigen für die Dauer von sechs Monaten vor, das sich noch einmal mit den bezirksweisen Abmachungen zu beschäftigen und zuzusehen hat, daß die Bestimmungen dieser Abmachungen mit den allgemein von der Regierung niedergelegten Prinzipien übereinstimmen. Mit diesem Angebot war die Forderung verbunden, daß eine Art Garantie gegeben werden solle für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Industrie für eine gewisse Reihe von Jahren. —

Verhandlungen mit den Bergarbeitern.

III. London, 12. November. In der kurz nach 3 Uhr früh beendeten Erörterung zwischen Regierung und Vollzugsausschuß der Bergarbeiter überreichte die Regierung dem Vollzugsausschuß vollständige Vorschläge über eine Regelung, die im wesentlichen das letzte Wort der Regierung darstellen.

Der Vollzugsrat der Bergarbeiter tritt heute vormittag um 10 1/2 Uhr zusammen, um den Entwurf zu erwägen. Die Delegiertenversammlung findet um 12 Uhr mittags statt. Wie verlautet, wird die Regierung, wenn die Bergarbeiter ihren Entwurf annehmen, im Verlauf der allernächsten Tage eine diesbezügliche Vorlage einbringen. —

Schwere Bedingungen.

III. London, 12. November. Das von der Regierung den Bergarbeitern überreichte Memorandum besagt u. a.: Der Bergarbeiterverband verpflichtet sich, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeiten mittels Bezirksregulierung zu fördern, wobei die Arbeitsstunden nicht aus den Bezirksverhandlungen ausgeschlossen werden. Was die Löhne betrifft,

soll in jedem Bezirk, ausgenommen Northumberland, Durham, Cumberland und Northwales, nach der Wiederaufnahme der Arbeit ein allgemeiner Bezirksprozentsatz auf die Grundlöhne gezahlt werden, der nicht geringer ist als der am 1. April gezahlte, und in den Bezirken — ausgenommen die abgenannten —, wo ein Mindestlohn auf Grund des Abkommens vom Jahre 1924 bestand, der für die Arbeiter gilt.

Ein weiterer Punkt des Memorandums besagt, daß Arbeiter eingestellt werden sollen, wie sich die Gelegenheit bietet, ohne Beeinträchtigung der augenblicklich in Arbeit stehenden. Es soll ein Distriktsamt mit einem unabhängigen Vorsitzenden eingesetzt werden. Eine periodische Regelung des Bezirksprozentsatzes soll stattfinden.

Die Regierung verpflichtet sich, wenn sie überzeugt ist, daß die zuerst angeführten Bedingungen erfüllt sind, ein Gesetz einzuführen, durch das jedes Bezirksabkommen, wenn es auf der Grundlage eines längeren Arbeitstages unter der Erde abgeschlossen worden ist, als er in dem Bezirk 1926 galt, zum Gegenstand eines Appells an eine nationale schiedsgerichtliche Autorität gemacht werden kann. Jeder der Teilnehmer kann sich an dieses nationale Schiedsgericht wenden. —

Lohnangebot der Unternehmer.

London, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) In den Verhandlungen mit den Bergarbeitern sind die letzten der Arbeiterseite zugestandenen Bedingungen für die Beilegung des Streikes die folgenden: Die Grubenbesitzer haben erklärt, daß sie in ihren Lohnangeboten den bisherigen Grundlohn beibehalten wollen, wonach der Reingewinn, der verbleibt, nachdem die Betriebskosten der Gruben gedeckt sind und den Arbeitern ein Mindestlohn von 120 Prozent der Vorkriegslöhne gezahlt worden ist, zwischen dem Arbeitslohn und dem Unternehmergewinn im Verhältnis von 85 zu 15 Prozent geteilt werden soll. —

Russisch-türkischer Vertrag gegen Italien?

Paris, 12. November. (Radio.) Aus Konstantinopel meldet der „Petit Parisien“ unter Vorbehalt, daß Tschüskerin und der türkische Außenminister am Sonnabend in Defta einen Abnahmevertrag abschließen werden. Es steht noch nicht fest, ob sich auch Persien diesem Vertrag anschließen werde. Der persische Gesandte in Ankara hat bereits der Presse erklärt, daß dieser Vertrag vor allen Dingen gegen eine gemeinsame Aktion Italiens, Griechenlands und Bulgariens in Thrakien und Anatolien gerichtet sei. —

Einstellung dieser Partei nichts anderes bedeuten könnte, als ihre Aufnahme in das Kabinett. Gewiß, theoretisch gäbe es auch noch andre Auswege, wie vor allem die Auflösung des Reichstags. Wir hätten sie rein parteipolitisch nicht zu fürchten, aber die Frage tut sich auf, ob das neugewählte Parlament ein wesentlich andres und günstigeres Bild bieten würde, gar nicht zu reden davon, ob der Reichspräsident sich zu einem solchen Schritte entschließen könnte.

In einem Teile der Presse, der schon im voraus von den Absichten des Kanzlers erfahren hatte, wird von einer „Arbeitsgemeinschaft“ und von einer „Stillen Koalition“ gesprochen, oder es werden auch noch andre mehr oder weniger schöne Bezeichnungen für den geplanten Versuch gefunden.

Das alles ist falsch.

Die Verpflichtungen der Sozialdemokratie geben nicht weiter als bis zu der Bereitwilligkeit, den Bemühungen um einen Ausgleich in strittigen Fragen nicht zu widerstreben. Man wird sie unterrichten, man wird ihre Argumente zur Kenntnis nehmen, und es wird sich dann in jedem einzelnen Falle zeigen, ob und inwieweit eine Einigung zu erzielen ist.

Das Ganze ist zunächst ein Experiment, und zwar eins, dessen Schwierigkeiten nicht zu verkennen sind. Es kann sein, daß sich früher oder später die Frage nach einer festeren Bindung aufs neue aufstut. Es ist auch möglich, daß sich bald die Unmöglichkeit, diesen Weg länger zu beschreiten, herausstellt und die Klust sich vertieft. Wir müssen die Entwicklung zunächst abwarten. Wir werden uns nichts vergebend, aber wir werden bemüht sein, alles was in unsern Kräften steht, zu tun, um auf der einen Seite ein Regieren überhaupt möglich zu machen und auf der andern den so dringlich proklamierten Ansprüchen der deutschnationalen einen Riegel vorzuschieben. —

Taktik der Fraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in einer mehrstündigen Debatte mit der politischen Lage in ihrer Gesamtheit. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Wille der Fraktion ist dahin zusammenzufassen, daß sie ihre Taktik so einrichtet wird, um der Republik den Eintritt der deutschnationalen in die Regierung zu erschweren. —

Blumphant und Ungeschicklichkeit der deutschen Armee die Wiedereroberung der deutschen Provinzen und Kolonien als höchste Aufgabe vorgezeichnet wird, legt man hier keineswegs übertriebene Bedeutung bei, nachdem die Reichsregierung die Zustimmung zu einer Revision der inkriminierten Stellen gegeben hat.

Die einzige Frage, über die eine Einigkeit bisher nicht erzielt werden konnte, ist die der technischen Organisation der Kontrolle nach ihrem Uebergang auf den Völkerbund. Der Friedensvertrag gibt dem Völkerbund lediglich ein „Investigationsrecht“, auf Grund dessen dieser sich von Zeit zu Zeit über die Innehaltung der Abrüstungsbestimmungen durch Deutschland zu vergewissern hat. Frankreich verlangt statt dessen die Ausübung einer regelrechten und periodischen Kontrolle sowie die Einsetzung einer permanenten Kommission des Völkerbundes für das linke Rheinufer, die seine im Friedensvertrag festgelegte Entmilitarisierung in ständiger Weise überwachen soll. Die Verhandlungen darüber dürften sich keineswegs auf die Regierungen in Paris und Berlin beschränken, und es ist anzunehmen, daß bei einigem guten Willen auch für diese Frage ein Kompromiß sehr bald gefunden werden kann.

Zazu bemerkt der „Soz. Presseklub“: Die vorstehenden Feststellungen unseiner Pariser Korrespondenten werden von den Berliner amtlichen Stellen als völlinhaltlich richtig bestätigt. Man hofft auch, daß die letzten Schwierigkeiten hinsichtlich der technischen Organisation der Kontrolle bald durch ein Kompromiß überwinden werden und die jetzt noch in Berlin weilende Militärkontrollkommission bald endgültig abgebaut wird.

Die letzte Hoffnung.

Ueber den vorläufigen Vergleich, der am Donnerstag zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie zustande gekommen ist, herrscht im Lager der Deutschnationalen, deren Laktif schonmal gekehrt wurde, starke Enttäuschung. Einstweilen hofft man man bei ihnen aber noch darauf, daß die Deutsche Volkspartei nicht mitmachen und die Zugeständnisse an die Sozialdemokratie ablehnen wird. Die „Tageszeitung“ schreibt:

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Zustimmung zu den entscheidenden Fragen zum Kompromiß noch nicht gegeben. Wir hoffen auch, daß sie es sich sehr genau überlegt, ob sie diesen Wechselbalg einer Vereinbarung anerkennen soll. Er bedeutet nämlich einen Unfall mit Glanz und Ehre gegenüber den großen Worten, die gerade das Zentrum im Ausschuss gesprochen hat.

Zum Schluß droht das deutschnationale Organ: „Es gibt noch erhebliche Differenzpunkte nach links, und die Krisen werden in immer kürzern Intervallen erfolgen, wenn man nicht endlich den Mut zur gesunden Klärung der Mehrheitsverhältnisse findet. Diese kann nur eintreten, wenn man mit der Rechten zu einer Einigung kommt. Man hüte sich, diesen Weg künstlich zu verbauen!“

Wahlen in Baden.

Am nächsten Sonntag finden in ganz Baden die Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Bezirks- und Kreisversammlungen statt. Die drei Körperschaften werden in einem Wahlgang mit zwei Stimmzetteln gewählt. Die Wahlperiode dauert jeweils 4 Jahre.

Der Aufmarsch der Parteien zu diesen Wahlen bietet das gleiche buntschöne Bild wie anderwärts, wo in letzter Zeit Wahlen stattgefunden haben. In einzelnen Städten und Orten wurden bis zu zwölf Wahlvorschlägen eingereicht. Außer den großen politischen Parteien bewerben sich eine „Sparerpartei“ und „Aufwertungspartei“, die gemeinsam mit der Mittelstandspartei marschieren, um die Gunst der Wähler. In einer Schwarzwalddstadt hat sich u. a. auch eine „Bereinigung für überparteiliche Gemeindevollmacht“ aufgetan und in Mannheim tendiert sogar wieder eine Liste der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei auf. Ein ausgezeichneter Zentrumsmann hat es vorgezogen, eine „Christliche Reichspartei“ zu gründen. Neben all diesen Gruppierungen finden sich schließlich noch eine „Wirtschaftliche Vereinigung des badischen Mittelstandes“ und eine „Unpolitische wirtschaftliche Vereinigung“.

Im Gegensatz zu früher sind die Hausbesitzer nicht selbständig in den Wahlkampf gezogen. Sie fordern auf, die bürgerlichen Listen zu wählen und begründen das damit, daß auf diesen Listen überall Hausbesitzer an ausführender Stelle stehen. Auch die Völkischen und Nationalsozialisten sind als selbständige Parteigebilde völlig verschwunden. Sie zogen in Gemeinschaft mit dem Stahlhelm, dem Offizierbund und der Deutschen Adelsgenossenschaft für die Deutschnationale Partei in den Wahlkampf. Verschiedentlich steht zu diesem Gebilde auch die Deutsche Volkspartei und vereingelt ist sogar das Zentrum bei dieser Partei. Die Angst vor den Erfolgen der Sozialdemokratie hat diesen mehr als sonderbaren Zusammenschluß hervorgerufen. Die Kommunisten versuchen selbstverständlich ebenfalls in der Gemeindevollmacht Einfluß zu gewinnen. Ihre Arbeit war aber in den verflochtenen vier Jahren so unfruchtbar, daß sie selbst in der jetzigen Situation mit ihrer endlosen Wirtschaftskrise kaum besondere Geschäfte machen dürften.

Die Sozialdemokratie steht mit Zuversicht dem Ausgang der Wahl entgegen. Sie hat in der abgelaufenen Wahlperiode gute Arbeit auf den Rathhäusern, den Bezirksräten und den Kreisverwaltungen geleistet. Auf dem zwei Hauptgebieten der Kommunalpolitik, die besonders in den letzten Jahren im Vordergrund der Gemeindevollmacht standen, der Fürsorge für die Erwerbslosen und dem Kampfe gegen die Wohnungsnot, war sie stets führend. Sie hat getan, was in ihren Kräften stand, um durch Schaffung von umfangreichen Notstandsarbeiten und Gewährung aller möglichen sonstigen Hilfe den Erwerbslosen beizustehen, wie sie auch auf dem Gebiet der Wohnungspolitik in großem Ausmaß sich für die Verschönerung von Wäldern zum kommunalen und privaten Wohnungsbau einsetzte, und in vielfältigsten

Kampfe die Angriffe der Hausbesitzer auf die Wohnungszwangswirtschaft abwehrte. Sie braucht unter diesen Umständen die Entscheidung der Wählerschaft nicht zu fürchten.

Belehrung für Niedrer.

Die Denkschrift des preussischen Innenministers über den Bund Biking und den Sportverein Olympia ist am Donnerstag dem Landtag zugegangen. Sie enthält zunächst die Begründung des Verbots durch das preussische Innenministerium, die Aufhebung des Verbots durch den Kleinen Senat des Staatsgerichtshofs und die dagegen eingelegte Berufung des preussischen Innenministeriums an das Plenum des Staatsgerichtshofs. Der Denkschrift sind 82 Urkunden als Anlagen beigelegt.

In der Berufungsbegründung des preussischen Staatsministeriums wird das Niedrer-Urteil des Staatsgerichtshofs einer geradezu vernichtenden Kritik unterzogen. Das Urteil des Staatsgerichtshofs hat sich nämlich damit begnügt, aus einer Reihe von Zitaten festzustellen, daß die genannten Wehrvereine gegenwärtig jeden Rufsch ablehnten und auf parlamentarischen Einfluß hinarbeiteten. Wenn sie sich dabei gleichwohl revolutionär nannten, so sei das allerdings recht bedenklich, aber nicht dahin zu verstehen, daß sie die republikanische Verfassung gewalttätig beiseite wollten. Die aufgefundenen Aufmarschpläne und die festgestellten „sportlichen“ Übungen hätten nur der Abwehr gegen kommunistische Plünderung gedient.

Demgegenüber führt das Innenministerium aus, daß der Staatsgerichtshof vollkommen verkannt habe, um was es sich überhaupt handle. Es sei richtig, daß die beiden genannten und die ihnen nahestehenden Wehrverbände jezt „Abenteurer“ und „den kurzen Weg der Gewalt“ ablehnten, weil sie ihn für aus-sichtslos hielten. Es sei auch zutreffend, daß nicht mehr die Staatsform — Monarchie oder Republik — Gegenstand ihres Kampfes sei. Was sie aber wollten, sei die Abschaffung des parlamentarisch-demokratischen Systems und die Uebergabe der ganzen Staatsmacht an eine bestimmte Gruppe oder Organisation. In diesem Kampfe gegen die verfassungsmäßig demokratisch-parlamentarische Staatsform arbeiteten die genannten Wehrverbände mit gewalttätigen Mitteln, mit „unbedingtem Gehorsam gegen den Führer“ und militärischer Ausbildung. Unter zahllosen andern Beweismitteln wird für diese Absicht der Wehrverbände ein an den Herrn von Sodenheim gerichtetes Schreiben angeführt, in dem ausdrücklich als Ziel aufgestellt wird, „national feindlichen Regierungstellen die Faust an die Gurgel zu setzen und durchzubrühen“.

Die Behauptung, daß es sich nur um Notwehrmaßnahmen gegen einen drohenden Kommunismusaufstand gehandelt habe, gehe schon deshalb fehl, weil an einen solchen im Laufe des Jahres 1925 gar nicht gedacht werden konnte. Dafür wird der Sachverständigenbeweis durch die maßgebenden Leiter der Polizeistellen angeführt. Im übrigen sei zur Niederwerfung eines aus durch-sichtigen Gründen als bevorstehend behaupteten Linksputsches der Staat mit seinen Nachmitteln berufen, und die Vorbereitung von Verteidigungsmaßnahmen durch private Vereinigungen mit dem jedesmal ausgesprochenen Vorbehalt, die staatliche Autorität nicht zu stützen, beweise allein das strafbare und staatsfeindliche Verhalten der beiden Verbände.

Die Berufungsschrift weist ferner auf die zahlreichen Schriftstücke hin, die die straffe militärische Ausbildung in den Verbänden beweisen. Wenn die Niedrer-Kammer als gerichtsbehaftet feststellte, daß ebensolche Geländeübungen bei linksstehenden Organisationen stattfinden, ohne zu einem Verbot zu führen, so entziehe sich der Beurteilung des Staatsgerichtshofs vollständig, aus welchen Gründen in jenen angeblichen andern Fällen der Veranstaltung verbotener Geländeübungen die Polizei nicht eingeschritten sei. Der Staatsgerichtshof könne nur die Fälle beurteilen, die ihm zur Beurteilung unterbreitet würden.

Freier Weg.

Die Delegiertensammlung der englischen Bergarbeiter entschied am Donnerstag nach einer mehrstündigen Aussprache die Frage, ob die Exekutive der Bergarbeiter die für die Wiedereröffnung der Verhandlungen mit der Regierung nötige freie Hand erhalten solle, nicht, wie ursprünglich geplant war, den Distrikten zur Urabstimmung zu überweisen, sondern selbst darüber zu entscheiden.

Die Konferenz löste sich zu diesem Zwecke zunächst in Distriktsgruppen auf, um den Delegierten der einzelnen Distrikte Gelegenheit zu geben, untereinander völlige Klarheit über die Stellung zu der zur Entscheidung stehenden Frage zu schaffen. Nachdem die Distrikte sich einzeln beraten hatten, wurde die Frage der Gesamtkonferenz vorgelegt. Sie beschloß, wie verlanet, einstimmig, die Exekutive zu ermächtigen, „die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen“, d. h. sie gab der Exekutive damit auch in der Frage der Arbeitszeit freie Hand.

Mit diesem Beschluß war der Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung frei und die Vertreter der Bergarbeiter begaben sich sofort zum Ministerpräsidenten, der ebenso wie seine Kollegen vom Kohlenrat für die nächsten Tage alle politischen Verpflichtungen außerhalb Londons abgesetzt hat. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Besprechungen mit der Regierung steht nunmehr abermals die Frage der nationalen Sicherung der Distriktsabkommen sowie der Einsetzung eines Berufungs-schiedsgerichtshofs für den Bergbau.

Notizen.

Reichstag im Rundfunk. Die „Berliner Junghunde“ hat bei dem Reichstagspräsidenten beantragt, im Plenarungsaal des Reichstags mehrere Mikrophone einbauen zu dürfen, um an die Rundfunkabonnenten täglich den Verlauf der Plenarungen des Reichstags weiterzuleiten. Die Genehmigung dieses Antrags würde die Möglichkeit schaffen, täglich im ganzen Reich den Gang der Reichstagsbesprechungen verfolgen zu können. In anderen Ländern besteht eine dazugehörige Möglichkeit schon lange.

Spionageaffäre. Am Montag verhaftete die Prager Staats-polizei einen Kriegsinvaliden, der als Steinbrücker in einer lithographischen Anstalt der Armee beschäftigt war. Die Hausdurchsuchung ergab, daß er Kopien militärischer Schriftstücke an die russische Handelsvertretung verkauft hat. Weitere Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den verdächtigen Personen befinden sich auch die Gattin eines Redakteurs des Prager kommunistischen Zentralorgans sowie ein russischer Student. Die Blätter besprechen die Verhaftungen sehr aufgeregt und benutzen sie zum Teil zu heftigen Angriffen gegen die kommunistische Partei.

Gewalttätigkeit abgelehnt. Die Untersuchung gegen Gerlach sowohl wie gegen die französischen Separatisten scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Es verlautet, daß beide Affären Ende der Woche gleichzeitig ihren Abschluß finden werden. Gegen Gerlach wird ein Hausverbot erlassen, und er wird wohl vor Ende dieser Woche über die französische Grenze abgehoben werden.

Zu Ehrendoktoren ernannt. Anlässlich der Grundsteinlegung des Neubaus der klinischen Krankenhäuser in Freiburg i. B. wurden der badische Innenminister Reumelle und Staatsrat Marum (beide Sozialdemokraten) von der medizinischen Fakultät zu Ehrendoktoren ernannt. Die Universität Freiburg hatte vor dem Kriege schon den Sozialisten Engler wegen seiner Verdienste auf dem Gebiet des Wohnungswesens zum Ehrendoktor ernannt, so daß die Universität nun drei sozialistische Ehrendoktoren zählt.

Die Archive öffnen sich. Wie in Neuport amtlich bekanntgegeben wird, erscheint der erste Band der Publikation der diplomatischen Korrespondenz des State Department (Auswärtigen Amtes) während des Weltkrieges voraussichtlich am 1. Juli 1927. Der zweite und dritte Band wird bis 1. Januar 1928 der Öffentlichkeit übergeben werden. Die drei Bände enthalten die sich auf den Weltkrieg beziehenden Urkunden aus den Jahren 1914 und 1915 und sind als Ergänzung der diplomatischen Korrespondenz des State Department gedacht, welche die Jahre 1914 bis 1916 umfaßt, aus der jedoch sämtliche den Weltkrieg betreffenden Dokumente herausgelassen worden waren. Wann die Akten aus den Jahren 1917 bis 1919 veröffentlicht werden, ist in der amtlichen Notiz nicht erwähnt.

Depeschen.

Scharfe Protestnote an Polen.

Berlin, 12. November. (Radio.) Amtlich wird gemeldet: Die in dem sogenannten Kattowitzer „Hochverratsprozess“ gegen Mitglieder des Deutschen Volksbundes in öffentlicher Hauptverhandlung gemachten Aussagen von Offizieren des polnischen Spionagedienstes, wonach sie sich mit Hilfe verführter Angestellter aus dem Archiv des deutschen Generalkonsulats monatlang zahlreiche Schriftstücke angeeignet haben, haben der deutschen Regierung Veranlassung gegeben, in einer an die polnische Regierung gerichteten Note scharfsten Protest hiergegen zu erheben. Die polnischen Behörden haben dieses Verfahren nicht nur geduldet, sondern offenbar gefördert, was eine grob-lische Verletzung des internationalen Brauches darstellt.

Deutsch-schweizerischer Handelsvertrag.

Berlin, 12. November. Der Reichstagsausschuss für die Handelsverträge jezte heute die Beratungen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages fort. Die Deutschnationalen und Völkischen lehnten den Vertrag ab. Auch von der Nationalen Volkspartei wurde erklärt, daß die Fraktion nicht einstimmig dem Vertrage zustimmen werde. Die übrigen Parteien stimmten dem Vertrage zu. In der Abstimmung wurde der Vertrag mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Völkischen, die Deutschnationalen, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Nationalen Volkspartei und die Kommunisten, während die Sozialdemokraten mit den Regierungsparteien für die Annahme des Vertrages stimmten.

Opposition der polnischen Sozialisten.

Warschau, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentralkomitee der Polnischen Sozialistischen Partei gibt bekannt, daß die Partei nunmehr beschloßen hat, zur Opposition überzugehen und gegen die Regierung Stellung zu nehmen. In der Erklärung der Partei wird besonders darauf hingewiesen, daß die letzten Maßnahmen der Regierung, insbesondere die Verkennung der demokratischen Grundzüge und die Knebelung der Presse, die Partei zu ihrem neuen Schritt veranlaßt habe.

Polnischer Nationalfeiertag.

Warschau, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Nationalfeiertag wird heute im ganzen Polen feierlich begangen. Der 12. November ist der Tag, an welchem vor 8 Jahren Pilsudski nach seiner Freilassung aus der Festung Magdeburg nach Polen zurückkehrte und die tatsächliche Macht im Land erlangte.

Immunität und Presse.

Berlin, 12. November. Der Reichsrat nahm am Donnerstag eine Novelle zum Pressegesetz an, wonach derjenige, „der nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, nicht verantwortlich als Redakteur einer periodischen Druckschrift sein darf“. Dadurch sollen vor allem Parlamentarier, die die Immunität genießen, und Verfassten, die kraft ihrer Exterritorialität nicht verfolgbar sind, als verantwortliche Redakteure ausgeschlossen werden. Der Reichsverhand der deutschen Presse hat sich mit dem Gesekentwurf einverstanden erklärt.

Schiedspruch im Braunkohlenbergbau.

St. Gallen, 12. November. Der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 5. November in Berlin gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der tariflichen Durchschnittslöhne um 2,5 Prozent vorsteht, ist von Unternehmern und Arbeitern angenommen worden. Damit hat der Lohnstreit sein Ende erreicht.

Amerikanischer Friedenswille.

Neuport, 12. November. (Radio.) Präsident Coolidge hielt am Donnerstag in Kansas City bei einer Feier des Waffenstillstandes eine große Friedensrede, in der er es zunächst ablehnte, Nachforschungen darüber anzustellen, wie der große Krieg begonnen habe. Er warnte vor nationalem Haß, einem Zugus, dem sich die alte Welt Generationen hindurch hingegeben habe. Das Bestreben der Vereinigten Staaten gehe nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern.

Ultimatum an Mexiko.

St. Paris, 12. November. Die „New York Herald“ aus Washington berichtet, daß das amerikanische Staatsdepartement an den Präsidenten Calles eine Note gerichtet wegen des mexikanischen Gesetzes über die Oberkammer. Diese Note kamme praktisch einem Ultimatum gleich und fordere die sofortige Zurücknahme der Anerkennung der mexikanischen Regierung durch Amerika in Aussicht, falls Präsident Calles nicht Schritte zur Bekämpfung der bestehenden gesetzlichen Maßnahmen unternehme. (Es handelt sich um einen Druck der amerikanischen Oligarchen auf den sozialistischen Präsidenten Calles, der für die Interessen des von der Oligarchie ausgehenden mexikanischen Volkes kämpft. H. B.)

„Reberlegenheit“ der weißen Rasse.

St. London, 12. November. In Houston (Texas) erschossen sieben berittene Weiße einen Negro und zündeten eine Hütte an, in der sich ein anderer Negro mit seiner Frau verpflegt hatte. Beide kamen in den Flammen um.

Die griechischen Wahlen.

Athen, 12. November. (Radio.) Nach dem amtlichen Endergebnis der griechischen Wahlen erzielte die Republikaner 148, die übrigen Parteien 129 Sitze.

Gepöpsel.

St. Gellentischen, 12. November. In dem bannbarsten Sakralberg war gestern Abend bei Konfessionswechseln ein Schweizer auf der Straße tödlich getötet. Zwei jugendliche junge Leute, die in der Dunkelheit an den Hüften liefen, zündeten ein Geschloß an, wobei der Schweizer tödlich erregt wurde. Durch die rasche Reaktion wurden die beiden jungen Leute gefasst und sofort getötet.

Fresche Form modernen Schnitt gute Stoffe beste Verarbeitung sind die Kennzeichen unserer Konfektion!



**Fünf
besonders preiswerte
Mäntel!**

Damen-Mantel aus gutem Filzschafwolle mit Revers und Knöpfen 24.00
Flatter-Mantel aus reißfestem Wolle de laine in allen neuen Farben 36.00
Eleganter Mantel aus reißfestem Wolle de laine in allen neuen Farben mit Revers und Knöpfen 45.00
Jugendlicher Mantel aus reißfestem Wolle de laine in allen neuen Farben mit Revers und Knöpfen 45.00
Moderner Gürtelmantel aus reißfestem Wolle de laine in allen neuen Farben mit Revers und Knöpfen 45.00

WEBEREIWAREN BREITENWEG 57-60

Das wahre Gesicht des Krieges
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.
Das wahre Gesicht der Welt
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.
Subjektive Volkstimme Magdeburg
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.

Challenges Leder-Ausschnitt
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.
Stadfurt und Umgegend
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.

Piano
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.

Rosschlächterei Fritz Beck
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.

Extra-Angebote

Ein Innen teil 600

Stiefel billige Preise

Schuhhandelslokal Breiter Weg 193/94

la. Schafengefrierfleisch

Argentiniisches Hammelfleisch

Für die Abstock:
 von Hans Gumpert, 120 Seiten, Preis 2.50 RM.

Wahrung an die Reichsbank.

Die Reichsregierung wurde am Donnerstag um 2 Uhr mit der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Nachtragsetat eröffnet.

Herr v. Helldorf (Dsp.) führt aus, daß sich die Sparsamkeitspolitik des Reichsfinanzministeriums mit dem Anlauf des 'Kaiserhofs' schlecht vereinbaren lassen. Daraus würde der Behörbenapparat nur noch erweitert werden. Der Redner verlangt dann eine gründliche Reform im Veranlagungsweisen. Die Grund- und Gewerbesteuern ständen im schärfsten Gegensatz zu den staats-sozialistischen Gedanken, die der Reichsfinanzminister geäußert habe.

Herr v. Helldorf (Dsp.) wünscht, daß das Redeverbot gegen Giller aufgehoben werde, denn wir leben doch jetzt in einem freien Staate. Der Redner führt dann des längeren aus, daß die Sozialdemokratie die Revolution herbeigeführt und dadurch den Zusammenbruch herbeigeführt habe. Wilhelm sei daran unschuldig. Die mit großem Stimmensaufwand vorgetragene Rede, die sich mit allem möglichem, nur nicht mit den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen befaßt, erregt wiederholt stürmische Heiterkeit.

Herr v. Helldorf (Dsp.) verweist sich dagegen, daß einmal die Republik die Zustimmung des gewählten Herrn v. Helldorf und seiner völkischen Gemeinheitspartei fände. (Zustimmung links.) In der deutschnationalen Presse hat der Generaloberst v. Seede durchaus nicht das ungeteilte Lob gefunden, das ihm hier Herr v. Helldorf-Wildau ausgesprochen hat. Die Entlassung Seedes mußte erfolgen, nachdem er die Verantwortung für verfassungsmäßige und geschickliche Vorgänge übernommen hatte. Das war ja gerade das Unheil des alten Systems, daß das autokratische Regiment der Militärs sich eine Stellung angeeignet hatte, die es zu einem

Strenghörner im Volke machte. Auch heute gehen die Bestrebungen bei der Reichswehr dahin, sie in einen Gegensatz zur Republik und damit zum Volke zu bringen. Obwohl in der Öffentlichkeit immer darauf hingewiesen worden ist, daß der Heereserlass aus nationalistischen Kreisen und besonders von den Wehrverbänden genommen wird, hat der Reichswehrminister bisher noch nicht eingegriffen. Mehr und mehr drängt jetzt wieder in den Offizierskorps die Tendenz durch, sich aus bestimmten gesellschaftlichen Kreisen zu ergängen, die für sich selbst ein Recht auf die Bezeichnung der Offizierskorps in der Reichswehr beanspruchen. Dadurch wird eine

Kluft zwischen Reichswehr und dem Volke geschaffen, die wir aufs schärfste bekämpfen. Herr v. Lindner hat darauf hingewiesen, daß im Jahre 1918 das Offizierskorps besondere Aufgaben ausgeführt habe. Aus diesem Munde diese Ermahnung zu hören, berührt uns sehr eigenartig. Jeder, der der Republik Dienste leistet, wird unsere Anerkennung finden. Aber wo sind heute die Offiziere, die damals der Republik gedient haben? Sie sind verschwunden, sie sind hinausgejagt worden. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der deutschnationalen Redner ist jetzt von der Atmosphäre, wie sie sich in Landsberg gezeigt hat, abgerückt. Aber Jahre müssen vergehen, ehe überhaupt in diese dunkeln Kreise Hineingeleuchtet werden konnte. Man hat alle nur möglichen Versuche gemacht, um zu verhindern, daß die Öffentlichkeit sich damit beschäftigt. Heute rufen Sie (zu den Deutschnationalen) den den schließlichen Morden der Reme ab. Aber aus Ihrer Kreise werden jetzt selbst noch vielfach Stimmen laut, als denen deutlich zu erkennen ist, wie unangenehm ihnen die Inridung dieser Dinge ist.

Auch bei den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses in München ist vieles aufgedeckt worden, was bisher der Öffentlichkeit vorenthalten worden war. Es wäre außerordentlich zu bedauern, wenn die ganze bayerische Justiz so aussähe, wie diejenigen Herren, die vom Untersuchungsausschuss des Reichstags in München vernommen worden sind. Noch in den letzten Tagen ist in der 'Deutschen Zeitung' gesagt worden, daß die Leute, die in Landsberg abgeurteilt worden sind, mit ihren Daten dem Vaterland gedient hätten und die Verantwortung dafür nicht sie, sondern andere tragen. Ja, manche

Schuldige haben sich verstreut, die Verantwortung haben andre, die mittelbar oder unmittelbar mit den Angeklagten in Verbindung gestanden haben. Herr v. Lindner hat gesagt, daß man auch das Milieu berücksichtigen müsse, in dem die Angeklagten von Landsberg aufgewachsen und jahrelang gelebt hätten. Aber in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not werden viele Tausende von Angehörigen und Arbeitern aus ihrer Lebensbahn herausgeworfen ohne daß man, wenn sie sich Verfehlungen zuschreiben kommen lassen, das als Entschuldigung gelten läßt, was Sie jetzt für die Heremörder von Landsberg vorbringen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Der Redner wendet sich dann gegen eine optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die augenblickliche günstige Finanzlage sei doch nur durch den Mehreingang an Zinsen verursacht worden und das bedeute eine

neue Belastung der minderbemittelten Klassen, eine Verschiebung der Belastung zugunsten der direkten Steuern. Wenn der englische Streit vorüber ist, dann wird das lebende Element nicht nur für den Bergbau und die Eisenindustrie, sondern auch für andere große Industriezweige fehlen. Eine um so größere Rolle wird dann die Frage der Arbeitsbeschaffung spielen. Der Weg, der bisher eingeschlagen worden ist, um die Wirtschaft zu beleben, die Gewährung von Subventionen und Krediten muß große Bedenken erregen. Wir können dafür nicht unangesehene Mittel beanspruchen, die über unsere Leistungsmöglichkeit hinausgehen. Gegen diese Art der Belebung der Wirtschaft haben wir bereits im Ausschuss die stärksten Bedenken vorgebracht. Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die erwerbslosen Arbeiter

wieder in den Produktionsprozess hineinzuführen, damit stehen aber im Widerspruch die Bestrebungen, die über den Kredit hinaus zu gehen. Alle Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung müssen so beschaffen sein, daß ihr sozialer Zweck deutlich erkennbar ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Kreditmaßnahmen der Reichsbank zur Zeit der Stabilisierung der Währung haben unsere Zustimmung gefunden. Wir sind aber nicht damit einverstanden, daß die Kreditmaßnahmen noch immer so außerordentlich beschränkt bleiben. Dank der Kreditpolitik der Reichsbank machen sich besonders bei den Großbanken und Regimen bemerkbar, die außerordentlich bedenklich sind. Der Kreditnehmer wird in seinen Unternehmungen ungeheuer beschränkt, er kann den Kredit gar nicht ausnutzen. Die durch die

falsche Kreditpolitik der Reichsbank herbeigeführten Zustände verzögern den Aufbau der Wirtschaft. Wir müssen zu einer weiteren Lockerung des Kreditwesens kommen, und die Reichsbank ist sehr wohl in der Lage, in die heutige Praxis der Großbanken und auch der anderen Privatbanken wirksam einzugreifen. Die Folge des heutigen Kreditwesens ist, daß das Geld nicht in die Produktion, sondern zum großen Teil in die Spekulation geleitet wird. Es ist geradezu angeheuerlich, in welcher Weise in der letzten Zeit die Kurse in die Höhe getrieben worden sind. In kurzer Zeit sind dort jene Vermögen wieder eingestürzt worden, die die Sparer verloren haben. (Rebh. hört, hört!)

Die Anleihen der Kommunen waren gewiß wirtschaftlich nicht immer gerechtfertigt. Aber deren Ueberwagung führt doch dahin, daß die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet und den Gemeinben unentragliche Forderungen auferlegt werden. Gegenüber der Behauptung des deutschnationalen Redners, daß die Beamten heute in ihrer Freiheit beeinträchtigt würden, weiß der Redner an einem Erlass aus dem Jahre 1882 nach, wie sehr die Meinungsfreiheit der Beamten in der kaiserlichen Zeit unterdrückt worden ist und wie sie durch Freiwild auf den damaligen Staat verpfändet wurden. Die Republik verlangt nichts anderes als daß auch heute die Beamten dem Staat gegenüber ihre Pflicht tun. Wenn Sie (zu den Deutschnationalen) heute als Vertreter der Beamenschaft auftreten, dann behaupte ich diejenigen Beamten, die immer noch glauben, daß unter Ihrer Herrschaft eine größere Freiheit für sie zu erwarten sei. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Auch den Beamten gegenüber verlangen wir die größte Gerechtigkeit! Auch für sie haben wir unsere Forderungen aufgestellt, die die Arbeitslosigkeit beseitigen und uns aus den heutigen unentraglichen Verhältnissen herausführen sollen. (Rebh. Weisfall h. d. Soz.)

Gegen 4 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Freitag nachmittag 3 Uhr. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Abkommen mit Island und Lettland, erste Lesung des Gesetzes für den

Mehr Bauarbeiterlohn.

Auf der Tagesordnung der Landtagskammer vom Donnerstag stand die erste Lesung des neuen Städtebaugesetzes. Wohnungsbauminister Hirtfelder begründete die Vorlage mit der Notwendigkeit zur Gesundung des Wohnungswezens etwas Durchgreifendes zu tun. Es müsse Vorkehrungen getroffen werden, daß rechtzeitige einzelne Flächen für den Verkehr oder die Erholung vorbehalten werden könnten. Es handle sich um keine Sozialisierung, keine grundsätzliche Erweiterung des Enteignungsrechts, sondern nur um das Festhalten an dem alten preussischen Grundgesetzlichen Baubeschränkung. Diese Regelung habe der Landtag im Jahre 1920 mit großem Erfolg bereits für den Ruhrkohlenbezirk geschaffen und müsse sie nun auf ganz Preußen ausdehnen, als eine bedeutsame Grundlage für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. (Weisfall.)

Herr v. Helldorf (Dsp.): Recht spät hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es auf dem Gebiet des Städtebaues nicht mehr so weitergeht wie bisher, daß nämlich alle gesundheitlichen und verkehrsrechtlichen Rücksichten zurückgehen hinter den rein privaten Interessen der Bodenspekulation. Aber freilich wäre das frühere Dreiklassenparlament, völlig beherrschet von den Interessenten, zur Schaffung eines vernünftigen Städtebaugesetzes gänzlich unfähig gewesen. Erst durch die

Entwicklung während des Krieges und erst durch diesen Landtag sind die sozialen Interessen so weit in den Vordergrund gerückt, daß dieser Gesetzesentwurf überhaupt möglich wurde. Dabei werden wir zu prüfen haben, ob nicht über diesen Entwurf hinaus eine wesentliche

Erweiterung des Enteignungsrechts und eine wesentliche Einschränkung der privaten Bodenausnutzung volksgesundheitlich notwendig ist. (Sehr gut! h. d. Soz.) Das alte preussische Fluchliniengesetz von 1875 hat die wirtschaftlichen Unternehmungen von allen Anliegerbeiträgen befreit und den Städten keinen Einfluß auf die Bauentwicklung gegeben. So ist der Bevölkerung, die im Häusermeer der Großstädte zusammengedrückt ist, nahezu das Bewußtsein verlorengegangen, daß der Grund und Boden auch noch einen andern Verwendungszweck hat als den Bau von Mietkasernen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß in dem neuen Städtebaugesetz ein wirksamer Schutz der Grünflächen erreicht wird. Auch die Eingemeindungen müssen in dem neuen Entwurf eine viel rationellere Grundlage erhalten als sie bisher hatten. Bisher sind die Bebauungspläne der Großstädte durch die Vorarbeiten geradezu verfaßt worden, so z. B. die großen Ausfallstraßen für Berlin, die bereits bei der Gewerbeausstellung von 1896 als notwendig erkannt worden waren. Bei Aufstellung der künftigen Bebauungspläne sieht der Entwurf die Befragung der Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern vor. Warum nicht auch der Gewerkschaften und der Bau-genossenschaften? Die überragende Stellung, die der Entwurf dem Bezirksausschuss gibt,

Beeinträchtigt die Selbstverwaltung. Keine Rede darf davon sein, daß, wenn ein solcher Bauplan den Wert der Grundstücke mindert, eine Entschädigungspflicht der Öffentlichkeit konstruiert wird. Nur umgekehrt muß, wo der Bebauungsplan zu einer erheblichen Wertsteigerung führt, eine durchgreifend wirksame Wertwachstumssteuer eingeführt werden. Ob die staatliche Baupolizei in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten werden muß, bedarf durchaus der Nachprüfung. Die Architekten der Städte haben sich in Tüchtigkeit und Erkenntnis der künftigen Entwicklung gegenüber den Baumeistern der Bezirksregierungen nicht als minderwertig erwiesen. Wir werden an der Fertigstellung des Gesetzes im Geiste der Selbstverwaltung und der Förderung planmäßiger Wohnungswirtschaft gern mitarbeiten. (Weisfall h. d. Soz.)

Herr v. Helldorf (Dsp.): Trotz mancher Fortschritte stehen wir dem Entwurf mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Denn er ist eine Gefahr für das in der Reichsverfassung garantierte Privateigentum.

Herr v. Helldorf (Dsp.): Wir begrüßen den Gesetzesentwurf, der neuerliche Gedanken in zwingender Form bringt. Von Enteignungen sollte man nach Möglichkeit Abstand nehmen; wenn es aber nicht anders sein kann, muß volle Entschädigung erfolgen. Der Entwurf wird einem besonderen Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Advertisement for 'Bürgerlichen Gesetzbuch' featuring 'ODOL' tooth powder. The text says: 'Sagt, daß es unter Umständen ein Scheidungsgrund sein kann, wenn einer der Ehegatten einen üblen Mundgeruch hat und dadurch das weitere eheliche Zusammenleben unentraglich macht. Eine kräftige Mundspülung mit ODOL verbürgt frisch-duftendes Atem.'

Matthias Ledebus, der Wandersmann.

Roman von Ottomar Gunkel. (10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Matthias bekam es wohl zu merken, daß er den schönen Besen verstimmt hatte. Eine wurde auf einmal merklich kühl gegen ihn. Dies sprach sie ja auch sonst nicht, jetzt aber wandte sie bei Tisch den Kopf halb zum dem Buchbinder weg und wandte ihre Worte nur an die Mutter. Diese, die da saß, sah irgend etwas in der Luft lag, bemühte sich um, um so redseliger zu sein und vor allem ihrem Tischgenossen Augenhemas zu sagen, damit diesem Unfreundlichkeit aufgeworfen würde. So war sie unruhig und hastig und als kaum vor Gorge, daß das Gespräch je wieder wäre.

Für Ledebus waren das beides Qualen: die sich überhängenden Reden der Mutter und das stille Schweigen der Tochter. Gegen beides sah er sich machtlos. Ihm ahnte, ja er war überzeugt davon, daß der Buchbinder, der ihn beinahe wegwerfend behandelt, irgend etwas Unangenehmes von ihm berichtet hatte. Die reine Wahrheit hatte er seiner Braut jedenfalls nicht eingestanden. Aber wie sollte Matthias eine Ausrede mit jener herbeiführen? Er konnte doch nicht davon anfangen, daß Bewußtsein von ihm ausginge, daß er sich dem Buchbinder gegenüber unangenehm verhalten habe. Das hätte ihm keinen Nutzen, und überhaupt würde es nur zu dem Zweck dienen, die ihm beim Essen unangenehm zu werden.

Matthias hatte am liebsten seine Mahlzeiten anderswo eingenommen, aber das dachte er aus Rücksicht auf die Mutter nicht über das Herz. Aufmerksam blieb alles, wie es gewesen war, innerlich aber wurde Matthias den Anzeichen fremder als zu Anfang. Sein gutes Gemütschen ermahnte ihn, stolz zu sein. War jener Mann doch ein so tüchtiger Mann, der er ja nur nicht angestrichelt. Dann konnte sie ihm beim besten Willen nichts tun, was ihr peinlich sein würde. Matthias redete sich auf, warf den Kopf in den Nacken und nahm einen etwas kurzen Ton an, der ihm freilich nicht recht lag, der aber jetzt hier notwendig war.

Er ließ ihm und wieder, sich gegen sein eigenes, beiderseitiges Umgeben ausbreiten, durchblicken, daß er doch der eigentliche Herr des Hauses sei. Ja, er sollte sogar darauf an, daß er nun doch in ständiger Fortsetzung danken müsse, daß in seinem kleinen Heim auch ein eigenartiges Glück zu finden. Dann kam in dem Augenblick die folgende Nacht an. Er machte sich im Laden nieder und überlegte. Die Kunde von Matthias' Ehe, daß auch nicht ein Wort davon, schickte sie mit allem möglichen Eifer und

Widern aus, und ihr Gesicht glühte — so lange stand sie vor dem Feuer, um das Beste zu machen. Auf die Art wollte sie Matthias eine Frau ersetzen, damit er die höchsten Heiratsgedanken eckelnd.

„Nur solange Großmutter noch bei uns ist!“ war ihre ständige Finte. Matthias versprach nichts. Eine gute die Achseln. Was ging es sie an, wie es hier im Hause wurde? Sie war ja jetzt bald neunundzwanzig. Weil aber das Leben in den vier Wänden nun nicht mehr mit dem Pöbel und der Harmlosigkeit erfüllt war, die früher herrschten, so suchte Matthias außerhalb ein wenig Vergnügen. Er trat in die Harmonie ein; das war er schließlich auch seiner Stellung und seinem Geschäft schuldig. Er mußte sich schon unter den Leuten leben lassen, und da er des Vergnügens nicht unfähig war, so empfing ihn: Dampfleiter Fremder, der den Harmoniechor leitete, mit Freunden. Schon beim nächsten Konzert sang Matthias ein Duett zusammen mit Artur Schenk, und die Zweitenhorner fanden, daß die beiden Stimmen — der frische, helle Bariton des Buchbinders und der weiche Tenor des unterdrückten Bildhauers — herrlich zusammenpaßten. Der Erfolg machte Matthias an. Er verzog ja ziemlich, daß er sich eigentlich von Schenk hätte zurückziehen wollen. Die zwei übten sich manchmal Lied ein, und die Stube zur Musik, in der sie übernahm, bewachte dann, daß zuletzt doch so etwas wie ein freudvolles Denken für den Harmoniechor in Matthias aufleuchte. Das hielt ihn auch im übrigen an diesem Vorhaben fest. Was er aus Schenk's Munde nicht gern hören mochte — nun, er gab sich Mühe, es zu überhören. Manche guten Worte über Zweitenhorner Leute und Dinge bekam er doch von Natur, und es konnte ihm nachher nicht schaden, wenn er ein bißchen weislicher wurde, als er bisher gewesen war.

So trat Matthias Ledebus ins Leben hinein. Es war, als ob er noch müde, tapfer und kühl die Luft selbstbewußt in die Luft streckte, jog er seiner Wege und war bald ein Mann, mit dem man rechnen konnte. Weder der Vater noch der Doktor verstanden es, sich mit dem Buchbinder eine Stunde zu unterhalten, und die Familienmitglieder, die unangenehm, böser hatten, stiegen in der Harmonie mit ihm an und luden ihn zu einem netten Vorabendessen nach ihrem Haus ein.

Ein wichtiger Weltmann wurde Matthias Ledebus, und so kam er über die paar Minuten bei Clasen immer leichter hinweg, zumal da ihm, als sie beobachtete, wie wenig er sich aus ihrer Nähe machte, um wieder anfang, sich zu ihm zu wenden und noch freundlicher zu sein als früher.

Immer Clasen atmete ruhiger auf und ließ in ihrem Ansehen um Matthias herum etwas nach. Der aber bedachte seinen

kurzen Ton bei und lebte es auch in aller Höflichkeit ab, als der schöne Besen, der jetzt in dem Buchbinder ein am Zweitenhorner Himmel aufgehendes Gestirn sah, ihn mit seiner dämonischen Lebenswürdigkeit eingehüllt versuchte. Matthias machte den Zahnarzt sogar, ganz geschäftlich, an die Schuld, und er bekam denn wenigstens die eine Hälfte des Seinigen zurück.

Ja, man sollte nur aufpassen, dann hatte man die Leute schon in der Tasche! — Um Pfingsten kamen Frau Ledebus und ihre Tochter Alara nach Zweitenhorner. Matthias hatte ihren das beste Zimmer der „Doh“ gemietet und war mit seiner ganzen fröhlich-lindlichen Liebe geschäftig, um seiner Mutter und auch seiner Schwester die Tage so reich und so schön zu machen, als nur möglich. Sein Schaufelwerk war zu Ehren des hohen Festes mit dem feinsten rosa Briefpapier ausgeziert.

Mutter Ledebus, eine kleine, stille, feine Frau, deren Nied den Menschen leicht ins Herz drang, schaute sich die Hausgenossen ihres Sohnes aufmerksam an und meinte dann: „Es wird doch gut sein, Matthias, daß Du Dir eine bezahlte Gölse für den Laden nimmst.“

„Warum?“ warf Alara ein. „Er kann ja auf diese Art sparen.“

„Das Sparen kann ihm noch einmal teuer zu stehen kommen,“ entgegnete die Mutter. „Ich würde mich nicht so von Frau Clasen zu Dank verpflichten lassen.“

„Ja, Mutter,“ gab Matthias ägernd zu. „Du magst recht haben. Es hat sich nur diese Eltern mit dem Vechling noch nicht gemacht. Aber nächstes Jahr...“

„Ich würde nicht so lange warten, mein Junge.“ Der schöne Besen, der ihr die Hand führte und es brüßte hand, daß sie aus dem hohen Norden herbeigekommen war, zwang Frau Ledebus nur eine geringe Änderung ab.

„Wenn Fräulein Clasen nur eine glückliche Frau wird,“ sagte sie bedenklich.

Alara, weil sie auch Braut war, fühlte eine gewisse Gemeinsamkeit des Standes mit jener. Die Mädchen waren viel zusammen. So gab genug zu besprechen, was man alles in der Ansprache haben mochte.

Grachtvoll

in ihrer modischen Eleganz und ihrer leuchtenden Farbschönheit sind diese **Ballkleider** die wir Ihnen gerade jetzt zur rechten Zeit so billig anbieten, daß Sie sich sicherlich die Anschaffung nicht lange überlegen werden.



- | | | | |
|--|---|--|--|
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| Jugendl. Ballkleid | Crépe de Chinekleid | Fransenkleid | Elegantes Abendkleid |
| in modern. Ballfarben mit Goldverzierung u. so selte | moderne Modart in Perleorga- in mod. Ballfarben | aus Crépe de Chine in schön. Lichtfarben u. Anstichblume | mit reicher Perleorga- u. farb. Garnierung. Güter Crépe de Chine |

7⁷⁵ 13⁷⁵ 19⁷⁵ 29⁷⁵

Lange Münger
57 BREITENWEG 52

Konsum-Verein

für Magdeburg und Umgegend E.G.m.b.H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch

Steak	Hand 100,-	Steak	Hand 80,-
Wurst	Hand 100,-	Gute Rinder	Hand 75,-
Schmalz	Hand 90,-	Schmalz	Hand 66,-

Frühes Schweinefleisch

in allen Sorten.

Prima Hammelgefrügel

in allen Sorten.

Fleisch und Backwaren

in allen Sorten.

zu ganz billigen Preisen

600 ... **130**

in allen Sorten.

Kochbücher empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Unser Räumungs-Ausverkauf

wegen Umzugs bietet Außergewöhnliches!

Sie erhalten trotz billiger Preise

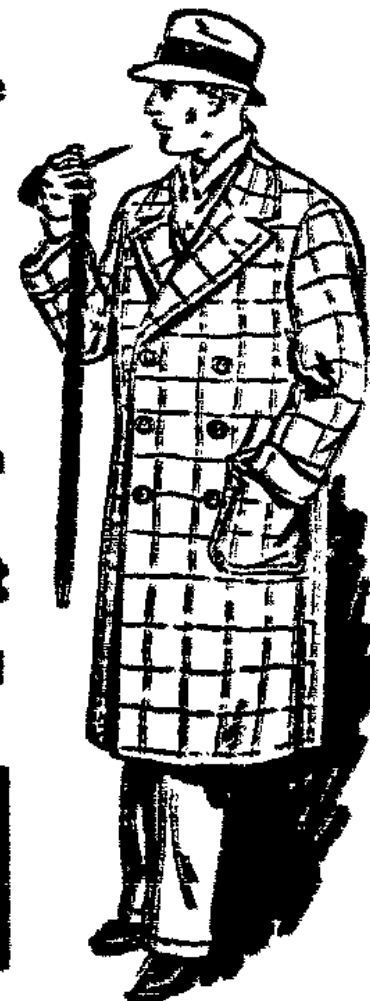
20% Rabatt

Bei 1/3 Anzahlung gewähren wir Ihnen einen **mehrmontatigen Kredit**

Sie finden hier große Auswahl in

Paletts Korsett, mit Seidenband 39,-	Wästen eleg. in Form, gute Qualität, mit Gürtel 58,-	Anzüge europ. in Ware, in guter Verarbeitung 38,-
---	---	--

Der Ware wird gegen Anzahlung sofort ausgebildet.



Franz Mettner

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und Burschen-Bekleidung
Magdeburg, Breiter Weg 10, 1 Tr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. November 1926.

Part an der Gasse.

Dort, wo die letzten vereinsamten Häuser der grauen Vorstadt gleich Helsen kantig und schmucklos gen Himmel ragen, dort liegt umgrenzt von tragem Gewässer ein Stadtpark der freudlosen, hammererschwingenden Fabrikstadt.

Der kalte Ostwind treibt sein stummes Spiel mit Blättern und mit Zweigen. Mit vollen Baden pustet er in die zusammengefügten Blätterhaufen, daß sie hoch aufwirbeln. Am Rande des Weihers steht eine Bank unter einer breitblättrigen alten Ulme. Leise plätschern die Wellen, und die Schilfhalme neigen sich, und wie silberne Perlen hängt es an ihren Rändern. Auf der Bank aber sitzt ein altes Mütterlein, gebeugt der Rücken und schneeweiß das Haar.

Stumpf und teilnahmslos ist ihr Blick und mit zitternden Händen hält sie ein Stück trocknes Brot, von dem sie von Zeit zu Zeit einen Biß zu sich nimmt. Wie mutlos und verzagt drängen die Hände das Brot zum Munde. Das leuchtende Ästernbeet auf der Rasenfläche vor der Bank sieht sie kaum. Sie blickt zwar rings umher, doch bleibt der gerübte Blick auf keiner Blume haften. Diese Augen, diese entsehtlichen traurigen Augen, und der leise zuckende Mund. Kein Laut formt sich und kein Gedanke reißt. Nirgends Hilfe und Trost, allein, allein auf dieser kalten, herzlosen und liebesleeren Welt. ... Fließt da nicht eine Träne die blaße Wange hinunter und noch eine, noch eine, immer mehr? ... Die weißen Hände jucken wie im Krampf, der müde Körper bebt, als ginge ein Frosteln hindurch. Der Rest des Brotes entgleitet ihrer kraftlosen Hand und fällt in den feuchten Sand. ... sie hat es nicht gemerkt. Ihre Gedanken sind wohl weit von hier.

Langsam neigt sich die Schulter zur Seite und der Kopf sinkt vornüber. ... Ein Sonnenstrahl aber fällt durch die kalten Zweige der Ulme, gerade auf das schneeweiße Haar der Schlämmenden. Und noch ein zweiter kommt und küßt ihre abgehärteten Hände.

Da, horch! Jrgendwo in der Nähe schlägt die Glocke. Lange, lange Töne. ... Hin, hin, hin!

Ganz fein klingt es und zag, als wollte die Glocke den Schlaf des Mütterchens nicht stören.

Nein, nein, du klingendes Metall, du störst nicht mehr. Hier laßt du nur noch segnen.

Feierabendstunde des Lebens. ... Es. ... ist. ... vollbracht! Langsam fallen ein paar weisse Blätter zur Erde.

Und draußen schreitet das Leben durch die Straßen der lärmenden Stadt. Näher rattern und Motoren-brüllen. ... Was wußte das Leben, das harte, erbarmungslose, das herzlos über alles Regiperrende hinwegschreitet, von dem alten, einsamen Mütterchen im herbstbunten Stadtpark?!

Verleumder und Feigling Grube.

Der sogenannte Kommunistenführer Grube stellt sich in der Donnerstags-Nummer des hier fast unter Aufsicht der Leffentlichkeit erscheinenden "revolutionären" Nummernblattchens als Verleumder und Feigling zugleich vor. Das Liliput-Orgänchen, für das Grube verantwortlich zeichnet, hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Kuttner in der Sonntagsummer unverschämte verleumdet. Grube frischt in der Donnerstags-Nummer diese Verleumdung noch einmal auf und zieht sich hochlachend auf seine J m r n i t ä t als Landtagsabgeordneter zurück. Das ist die Unmoral der kommunistischen Subjekte.

Kuttner hat den Verleumder erwischt, auf seine Zummtheit zu verzichten, damit in einer Privatklage die Angelegenheit geklärt werden kann. Da bekam der Held des Intern, erklärt aber frech:

Die Drohung der "Volksstimme" und des Herrn Kuttner, wegen Feststellung dieses Vorganges in unserer Zeitung "Tribüne", Nr. 21 vom Sonntag den 7. November 1926, Strafantrag zu stellen, zeigt nur die Verlegenheit der Sozialdemokratischen Partei und das schlechte Gewissen des Herrn Kuttner.

Da dieser Artikel eine rein politische Frage und keine persönliche Angelegenheit betrifft, mögen sich Herr Kuttner und der Landtag, wenn sie Lust haben, ruhig discredibilieren. Ob der Landtag wegen dieses Artikels meine Zummtheit aufhebt oder nicht, ist mir gleichgültig.

Grube lehnt es ab, vor Gericht die Beweise für seine niedrige Verleumdung zu erbringen. Er kammert sich an die Zummtheit: "Mir kann keiner!"

Solche feigen hinterhältigen Furchen mag aber auch keiner. Wenigstens kein anständiger Mensch. Nur im Schlamme der "Tribüne", dort ist er drüben, dort sitzt er unter Gefinnungsüberrn, die tagtäglich drauflos verleumden, in dem sichern Gefühl der Verantwortungslosigkeit. Verantwortlich zeichnet ja Grube, und - den kann keiner. -

Zum Mühlenarbeiterstreik.

Vom Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter wird uns geschrieben:

Unsern andern Meldungen und Panolen sei mitgeteilt, daß der Streik der Mühlenarbeiter unbenannt weitergeht. Eine unerbittliche Zwangsarbeit mit dem Arbeitgeberverband hat zu keiner Wirkung geführt.

Die Arbeitswilligen, die sich als Klausuristen gefunden haben, erweisen sich der besonderen Fürsorge der Polizei. Diese muß sie in den Fesseln gefesseln, damit sie von den Streikposten nicht angesprochen werden. Wie weit die Polizei den Wünschen der Arbeitsgeber entgegenkommt, geht daraus hervor, daß sogar ein Fortschritt von Gewerkschaften bewacht wurde. Sind die Streikposten wirklich so gefährliche Leute? Doch dadurch das Recht des Streikpostensatzes wesentlich eingesengt wird, ist klar, es scheint aber, daß die untergeordneten Polizeibehörden auf jeden Fall den Arbeitsgeber unterstützen. Die Polizei ist nicht zum Schutze der Unternehmern da, sie hat sich nur dazu zu verhalten, dasselbe Vorgehen über die Polizei in O u r g. Die Reichswehr, bei der sich die Mühlenarbeiter ebenfalls im Streik befinden, wird dem ganzen Tag von vier Polizeibeamten bewacht. Wagt man den Wachen selbst nicht klar sein. In der Polizeiwache in Burg lag sich ein Streikbrecher aus Magdeburg ein.

Rindertheater und Kommunalpolitik.

Es hat jedes Stadtparlament sein besonderes „Milch“ und auch seinen Fimmel. Der zeigt sich immer bei den Fraktionen, die politisch nichts bedeuten und sich deshalb durch Geräusch und möglichst große Verrücktheiten bemerkbar machen müssen. In Magdeburg macht man weniger Konzert mit Nagelschuh, Trompeten und andern Instrumenten — was übrigens noch kommen kann —, hier gab es für die Fraktionen, die in die Enge geraten waren, immer nur das eine Mittel der großen Kräftedemonstration: Ausreißen, „Unter Protest“ den Saal verlassen. Erfunden hat das große strategische Mittel Herr Wendel, als er noch bei den Demokraten war. Und dann wandte die Kinselfraktion wiederholt diese geniale Taktik an. Von dieser haben die Kommunisten gelernt, die für politische Dumtheiten ein besonderes Auffassungsvermögen haben. Sie haben in der vorletzten Stadterordneten-Sitzung den schon geschilberten pompösen Abgang durch die Mitte genommen.

Die Kommunisten sind aber nicht von dem Ehrgeiz zu heilen, alle politischen Albernheiten, die jemals verübt werden, mindestens um einige Punkte zu überholen. Deshalb haben sie sich auch nicht damit begnügt, auszureißen, sondern haben am Donnerstag noch große Reden dazu geschwungen, begründeten, weshalb und warum sie sich wie Lausbuben betragen haben. Als ob sie nicht allen Grund gehabt hätten, still zu sein und sämtlichen Göttern Solwjetruhlands zu danken, daß andre nichts mehr davon sagten.

Es gab also tatsächlich über den Auszug der Kommunisten und über das, was bei ähnlichen Situationen alles zu tun sei, wirklich eine Erörterung. Diese Auseinandersetzung zeigte wieder einmal deutlich, wie sehr wir noch in politischen Rinderbüscheln stehen. In einem wirklichen politischen Lande wäre es nicht möglich, daß Politiker oder Vertreter öffentlicher Verwaltungen dadurch politisch zu wirken suchten, daß sie sich selbst ausschalten. Wenn zum Beispiel ein Engländer auf solch einen Gedanken käme, würden ihm seine Freunde sagen: Du willst aus der Haut fahren und dich daneben setzen. Das ist deine Klugheit.

Die Kommunisten hatten am Donnerstag aber noch ein andres Radikalmittel gegen alle Ungerechtigkeiten der Welt zur Hand, sie beantragten die Auflösung der Stadterordneten-Versammlung und Neuwahl. Nun hätte ja die Sozialdemokratie bei einer Neuwahl sicher nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Die Wahlen, die seit dem 4. Mai 1924 stattfanden, beweisen es. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte trotzdem nicht für die Auflösung, beteiligte sich auch nicht an der Auseinandersetzung, weil sie aus einer sehr wichtigen Sache kein Narrenspiel machen läßt. Ob ein Stadtparlament aufgelöst wird oder weiter bestehen soll, kann nicht entschieden werden nach der Stimmung oder Launen einer Fraktion, hier müssen andre, gewichtigere Gründe vorliegen. Befehlliche Vorbedingungen müssen erfüllt werden. Wenn diese Verbindungen nicht existieren, hätten wir keine Demokratie, keine Staatsordnung, sondern Anarchie.

Von der Auflösung und Neuwahl eines Parlaments bleibt das Wirtschaftsleben nicht unberührt. So verantwortungslos hat noch niemals die Sozialdemokratie gehandelt, daß sie in Zeiten wirtschaftlicher Not das Wirtschaftsleben um eines Fraktionserfolgs willen in irgendwelche Gefahren brachte. Die Politik der Sozialdemokratie wird diktiert von dem Gedanken, Interessen der Gemeinde zu wahren. In diesem Gedanken opfert die Partei auch, wenn es notwendig erscheint, Parteivorteile. Um dem Ganzen, der großen Masse der Leidenden in bester Weise zu dienen. Eine Partei, die nicht zu opfern vermag, die nur Agitationsvorteile sieht, hat in unfrischer Zeit keine Existenzberechtigung.

Rafner begründete den Auflösungsantrag. Seine „Rede“, etwa eine Stunde lang, war der „sprechende“ Beweis, daß die Kommunisten eigentlich gar nicht wußten, unter welcher Umständen eine Auflösung möglich ist, was die Auflösung bedeutet. Rafner gab eine große Schüssel voll russischen Salat, der aus allerlei Rückhänder zusammengebaut war. Ein Vorteil liegt in solch einer Rede: sie kann von Kommunisten zu jeder Gelegenheit gehalten werden.

Sechzigtausend.

Am Donnerstag mußte wieder behandelt werden über soziale Fragen: die Erwerbslosenfrage; die soziale Fürsorge für die große Zahl der Armen, die vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden müssen. Die Kommunisten hatten wieder Anträge gestellt auf Sonderunterstützung der Erwerbslosen durch die Stadt. Ueber die kommunistischen Anträge ist nicht zu sagen, weder dagegen noch dafür, sie sind politisch gesehen, Lust, haben nicht die geringste Bedeutung, können auch nicht die geringste Wirkung auslösen. Den Kommunisten wird seit dem Sommer 1924, seitdem sie das Magdeburger Stadtparlament durch ihre Anwesenheit schmücken, immer wieder gesagt werden: Was eure Anträge wollen, ist aus gesellschaftlichen Gründen unausführbar. Der Stadt werden die Reichszuschüsse entzogen, wenn sie den Erwerbslosen allgemein Sonderzulagen gewährt. Die Kommunisten werden das auch allmählich kapitulieren haben, aber sie handeln nicht danach, weil sie dann ihre Reden gegen die Sozialdemokratie nicht halten können.

Provinz-Sachsen-Geflügelmarkt.

Ein hundertgemischtes gefiederetes Vögelchen hat sich in einer Anzahl von mehr als 2000 in der Halle Sand und Stadt ein Zirkelheim gegeben. Das kräht und gackert und gluckst und gurr und schmatzert, daß man sein eigen Wort kaum hört. Wenn man von der jährlichen Geflügelmarkt auch nicht so vollständig spricht, wie z. B. von pommerischen Gänzen oder weißflüchlichem Schinken, so beweist doch gerade die Provinzialbau (es sind übrigens auch Tiere aus dem Rheinland, Berlin usw. vertreten), daß die jährliche Markt den Vergleich mit jeder andern ruhig ertragen kann. Gerade das Gähnen und Taubenmaterial ist ausgedehnt. Besonders hervorzuheben sind die schweren Braunschwärze, deren teils unter 100 Mark zu haben ist. Außerdem vertreten sind, zum Teil von bekannten Arten Plymouth-Rock, Minorca, Wyandotte, Italiener, Rhode-Islander, Orpingtons, Sussex und die weißen Leghorns.

Eine besondere Lebenswürdigkeit ist die Ausstellung der Geflügelmarkt in Halle, vielleicht die größte in Deutschland. Eine weiße Leghorn-Gans leute bei einem Eigengewicht von 8 Pfund im letzten Jahre nicht weniger als 2 1/2 Pfund Eier (also fast das 10fache des Eigengewichts), im ganzen 274 Stück, darunter 85 Hühner. Die Farm hat einen Po-

Es liegt eine Tragik darin, daß die große Not unserer Zeit immer wieder zum Gegenstand von derartigen Auseinandersetzungen wird, wie sie die Magdeburger Stadterordneten-Versammlung am Donnerstag wieder erlebt hat. Auf der einen Seite das wirre Durcheinander der Kommunisten, auf der andern Seite die bürgerlichen Stadterordneten, die das ganze als Kapuzenspiel ansehen und sich den Bauch halten vor Lachen. Im Grunde ist es zum Heulen.

Erfolgreich kann sich mit den Kommunisten kein Politiker auseinandersetzen. Ihre Anträge sind unausführbar, und außerdem haben sie gar nicht den ersten Willen und das Recht, Forderungen zu stellen, deren Annahme Ausgaben der Stadt im Gefolge hätten, denn die Kommunisten verweigern der Stadt die Steuern. Sie haben nicht den Mut, Steuern zu bewilligen, weil sie glauben, das Steuerbewilligen könnte ihrer Agitation hinderlich sein. Ihre Lebensart, daß die jetzigen Steuern ungerecht sind, bringen der Stadt keinen roten Pfennig und keinem Kind ein Glas Milch.

Das ebenso unehrliche wie verrückte Vorgehen der Kommunisten kann selbstverständlich kein Grund sein für die Gemeinde und besonders nicht für die stärkste Partei in der Gemeinde, die Sozialdemokratie, nachzulassen in der Fürsorge für die Erwerbslosen und die vielen andern Hilfsbedürftigen.

Eine Zahl nannte Genosse Köber: 60 000. Sechzigtausend Menschen müssen in Magdeburg durch das Wohlfahrtsamt irgendwie betreut werden. Das zeigt die Verpflichtungen der Gemeinde in unserer Zeit. Beständig erweitert sich der Kreis der zu unterstützenden, beständig wird das Unterstützungswesen ausgebaut. Die Summen, die für Wohlfahrtszwecke ausgegeben werden müssen, steigen, verdoppeln sich, haben sich gegen die Vorkriegszeit mehr als verzehnfacht. Und das muß sein! Die Gemeinde der Republik muß eine soziale Organisation sein. Unablässig sind unsere Genossen in den Verwaltungsausschüssen, in den Verwaltungen selbst bemüht, in diesem Sinne die Gemeinde auszubauen.

Hier muß auf eine besondere Aktion für diesen Winter

hingewiesen werden. Als sich herausgestellt hatte, daß die Gewerbesteuer mehr einbringen wird, als veranschlagt war, kamen bekanntlich die bürgerlichen Parteien und beantragten Steuererlaß und Steuerherabsetzung. Der Magistrat wies auf die gesteigerten Ausgaben für Wohlfahrtszwecke hin und auf Notwendigkeiten sozialer Fürsorge, die im Winter erst zu erwarten seien.

Die Sozialdemokraten traten dafür ein, daß der Stadt die Mittel belassen werden, die durch die festgesetzten Steuern einkommen. Sie haben das nicht getan, um dem Magistrat die Verwaltung leicht zu machen. Sie haben auch nicht aus politischem Leichtsinne die Verantwortung auf sich genommen für die Steuerhöhe. Nach langen, langen Beratungen sind sie zu dem Beschluß gekommen: Wir können die Steuern nicht abbürden und auf der andern Seite Kinder, Sozialrentner und hilfbedürftige Witwen im Winter ohne Hilfe lassen.

Wir nehmen es auf uns als Steuerbewilliger bekämpft zu werden in Versammlungen und Zeitungen, aber wir geben der Stadt die Mittel, die sie braucht, um weite Kreise vor vollständiger Verelendung zu schützen.

Nur auf diese Weise ist Kommunalpolitik zu treiben: schwere Lasten nicht scheuen, um Schwachen zu helfen. Damit wird auch dem gewerbetreibenden Mittelstand, werden Handel und Wandel wirklich Nutzen gebracht. Denn keine Wirtschaft kann gesund bleiben und bestehen, wenn das Fundament abbröckelt, wenn untere Volksschichten nicht mehr ihr Leben fristen können.

In dem Hinweis des Magistrats, daß zum Winter vermehrte Mittel für Wohlfahrtszwecke gebraucht würden, lag ein Versprechen, diese erhöhten Aufwendungen tatsächlich auch vorzunehmen. Das Versprechen kann sich nicht nur auf eine evtl. zu erwartende Vermehrung der Unterstützungsempfänger beziehen, es muß auch eine Verbesserung der bestehenden Beihilfen einschließen.

Die Sozialdemokraten werden auf Einlösung dieses Versprechens dringen. Sie werden dafür sorgen, daß es erfüllt wird. Die Sozialdemokraten haben in erster Linie das Recht, diese Forderungen an die Gemeinde zu stellen, weil ihre Politik die Gemeindeverwaltung führt, eine geordnete Wirtschaft der Gemeinde erst möglich macht.

Im Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamtes liegt noch der sozialdemokratische Antrag, den die Stadterordneten-Versammlung zu ihrem Beschluß erhoben hat, die Richtsätze für Sozialrentner zu erhöhen. Neben dieser Forderung ist noch andres zu erfüllen: Unterstützung mit Naturalien, Milch für Kinder, Heizungsmaterial usw.

Die Sozialdemokratie wird beweisen, daß sie es nicht dabei bewenden läßt, Wünsche vorzubringen. Sie wirft ihre politische Macht in die Waagschale. Mit gehörigem Nachdruck und zur rechten Stunde. Das kommunistische Rindertheater macht sie nicht mit, sie treibt wirkliche Kommunalpolitik. -

hand von 3500 Hühnern und Gähnen mit einer jährlichen Produktion von einer halben Million Eiern. Seine Gans braucht dort ihr Brutgeschäft zu verrichten. Alles wird künstlich ausgebrütet. Im kommenden Jahre sollen 75 000 Küken ausgebrütet werden, von denen 10 000 in der Form zur Aufzucht bleiben, die übrigen kommen als Junghühner zum Verkauf.

Die Tauben nehmen den größten Raum in Anspruch, sind es ihrer doch über 1000. Die Preisrichter haben ein schweres Amt. Es geht man nämlich einen Richter den Kopf der Taube in den Mund stecken, als ob er ihn abbeißten wollte. Er läßt aber in der Handlichkeit dem „Körper“ nur den Kopf auf, damit das Tier sich in der gewöhnlichen Haltung zeigt. Neben dem beschriebenen Körperarten zeigen sich Schinkenbräunliche, Braunschwärze, Rhode-Islander, Italiener, Orpingtons, Sussex usw. Schwere Gänse, ihres Gewichtes wohl bewußt, schmatzen sehr erhebenes Gackern, während die Gans meist etwas träge den Kopf im Gefieder trägt. Weiter unten folgen die schweren weißen Gansenten besonders auf. Sehr hübsch ist ferner die politische Serie der Preisrichter, die neben dem schweren Braunschwärze geradezu schön aussehen. Am Sonnabend früh ist die Ausstellung für das Publikum geöffnet. -

Konsum-Berein

für
Magdeburg und
Umgebung.

Der richtige Weg für unsere Mitglieder

ist
der
zum
eigenen
Geschäft



Jakobstraße
42
Ecke Peterstraße
neben der
Reichskrone

Wir bieten Ihnen Qualitätsware zu wirklich billigen Preisen!

Konfektion

Damen-Mäntel (ganz) von 20.00 an	Ferren-Mäntel von 38.50 an	Ferren-Anzüge von 37.50 an
Damen-Mäntel (Vorne dr. Seite) von 22.00 an	Ferren-Mäntel (in Qualität) von 37.50 an	Ferren-Anzüge (in Qualität) von 38.00 an
Damen-Mäntel (Couture) von 46.00 an	Ferren-Jaketen von 43.50 an	Burschen-Anzüge von 17.00 an
Wandstoffe (ganz) Meter von 5.70 an	Jakettstoffe Meter von 13.00 an	Ferren-Hosen (ganz) von 5.25 an
Wandstoffe (Vorne) Meter von 9.50 an	Strickstoffe Meter von 3.50 an	Arbeits-hosen von 3.50 an
Wandstoffe (Couture) Meter von 9.50 an	Seidenstreifen Meter von 6.00 an	Breeches-hosen von 6.50 an

Windjacken

Blau Monteur-Anzüge

John H. Müller und Sohn
für den
Kaufmann
Hugo Eckert, Gr. Marktstraße 15
in Magdeburg

Wurst und Fleisch
Hugo Eckert, Gr. Marktstraße 15
in Magdeburg

Agut-Geflügelfutter
Agut-Sundelinden

Betten
komplett
Wahlung!

Landgänse
Gänsebrust u. -teulen
A. Herrmann Nachf.

Einmaliges Angebot!

Wir bieten Gelegenheit, von einer außerordentlichen Schatzkammer
563 Paar Muster-Schuhe
Freitag den 12. d. M.
zum Verkauf und zwar teilweise nur bar

Damen-Schuhe 10.50
Herren-Schuhe 12.50

Rhinogold

Magdeburg
Kaufmann Hugo Eckert
Gr. Marktstraße 15
in Magdeburg

Halbdame
Inletts und fertigen Betten.

Ihre Kleidung
Frühmanns Etagengeschäft

Stenisch, ärgere dich nicht
Preis 1.50, 1.00 u. 75 Pf.

Magdeburger Stadtparlament.

Die Tagesordnungen der Magdeburger Stadtverordneten-Sitzungen zerfallen in zwei Teile, einen sachlichen und einen agitatorischen. Während der sachliche Teil ausgefüllt wird von Magistratsvorlagen über wichtige und weniger wichtige Angelegenheiten der städtischen Verwaltungen, enthält der andere Teil Agitationsanträge der Kommunisten oder Völkischen, manchmal auch beider Parteien.

Die Zahl der sachlichen Tagesordnungspunkte ist oft sehr groß. Da jeder Punkt aber in Ausschüssen eingehend vorberaten wurde, geht ihre Erledigung verhältnismäßig schnell, während die wenigen Punkte des agitatorischen Teiles meist viel längere Zeit in Anspruch nehmen. Am Donnerstag gab es 18 wirklich sachliche Punkte und nur vier andere. Der sachliche Teil war aber in kürzerer Zeit erledigt als die Agitationsanträge. Und es standen nicht nur kleine Vorlagen zur Beratung. Wir nennen nur die Umgestaltung des Pappelbaches und die Erweiterungsbauten am Schlacht- und Viehhof.

Zu Beginn der Sitzung gibt der Vorsteher Baer bekannt, daß eine Eingabe des Bürgervereins Insel, den Budauer Bahnhofsumbau betreffend, vom Magistrat sachgemäß beantwortet sei. Stadtv. Kahner (Komm.) gibt zu dem Verhalten seiner Fraktion in der vorigen Sitzung — sie ist bekanntlich damals ausgezogen — eine Erklärung ab, in der behauptet wird, daß die Mehrheit der Versammlung eine Politik zum Schaden der Werktätigen und nur zum Nutzen der Besitzenden betreibt. Die nach dem Kommunizenauszug in der vorigen Sitzung erfolgten Erklärungen des Oberbürgermeisters und des Stadtverordneten-Vorsteher Baer betont darauf, daß die kommunistische Fraktion wie alle andere das Recht habe, für ihre Wähler einzutreten, daß er ihr als Leiter der Versammlung aber keine Korrekturen zubilligen könne. Vorrechte nähmen die Kommunisten aber für sich in Anspruch, wenn die kleine Fraktion die sechs verurteilt, auf die übrigen lediglich durch Radikalität einzuwirken und sie zu terrorisieren. Statt des Spektakels mögen die Kommunisten mehr Geist auf ihre Anträge verwenden. Dann hätten sie früher mehr Erfolg.

Oberbürgermeister Weims wiederholte seine Erklärung aus der vorigen Sitzung, in der gesagt war, daß bei dauernden Unterbrechungen seiner Redner der Magistrat auf Anfragen nicht mehr antworten werde. Er fügt hinzu, daß bei den Radikalen der Magistrat ebenfalls die Sitzung verlassen werde.

Stadtv. Kahner (Komm.) wird wegen mehrerer Zwischenrufe während der Rede des Oberbürgermeisters zweimal zur Ordnung gerufen. Es erfolgt dann die Einführung des Studienrats Ismer als unbescholtener Stadtrat und des Gewerbebetrieblers Reher als Stadtverordneter.

kleinere Vorlagen.

Wir haben über den Inhalt einer ganzen Anzahl von Magistratsvorlagen bereits ausführlich berichtet. Es wurden ohne große Debatte genehmigt:

Die Weiterverpachtung der am 31. Oktober pachtfrei werdenden Höcker der Stadtgemeinde und der Peter-Binde-Stiftung auf 6 Jahre, die Wahl der Beisitzer zum Kleinrentenamt, die Änderung des Fluchtlinienplans an der Gimmündung der Spielgartenstraße in die Große Diederdorfer Straße, die Beteiligung der Feuerwehr an der Deutschen Theaterausstellung, die Pflasterung des Lindenplans am Hopfenplatz in der Gartenstadt Hopfenarten, die Erweiterung des Salzer Friedhofs, die Heber- und Erweiterung in den Schulhausausbauplänen, der Umbau einer Veritas-Halle auf dem Grundstück Hoheforststraße Nr. 18.

Zurückgestellt wurden die Vorlage über die Denkmalsordnung für die jüdischen Friedhöfe und der Bericht über den städtischen Grundbesitz.

Der Magistrat zog seine Denkschrift über Bearbeitung des Aufstandsprogramms zurück. Stadtrat Böhme erklärte dazu, daß nach der Freisprechung zwischen Regierung und Magistrat ein Briefwechsel zwischen dem Regierungspräsidenten und dem Oberbürgermeister eingeleitet habe, der noch nicht abgeschlossen sei. Es wird befohlen, die Denkschrift auch vorerst im Haushaltsauschuß zu beraten.

Dem Haushaltsauschuß wird zu nochmaliger Beratung der Vertrag über die Erhebung von Marktländergeldern überwiesen; außerdem eine Mitteilung des Magistrats über Ablehnung von zweiten Konkretefortellen an den großen Mittelstufen noch im Rechnungsjahr 1926.

Der Pappelbachesumbau kommt nach dem Kaiser-Otto-Ring.

Gegenüber der Beratung über die Umgestaltung des Pappelbaches machte der Berichterstatter Stadtverordneter Müller (Rechtsf.) die Mitteilung, daß der Pappelbachesumbau in dem Anlagen des Kaiser-Otto-Rings gegenüber der reformierten Kirche aufgestellt werden soll. Die dortigen Anlagen sollen entsprechend umgestaltet werden.

Stadtv. Schäfer (Dem.) wünscht die Einrichtung einer inneren Ringlinie bei der Straßenbahn.

Stadtv. Grotte (Komm.) wendet sich gegen die Aufstellung der Verkehrsbeleuchtung am Pappelbachel.

Die Vorlage über den Umbau des Pappelbaches, über die wir eingehend berichtet haben, wurde einstimmig angenommen. Die Arbeiten sollen bis zum 1. Mai 1927 beendet sein.

Erweiterung des Schlacht- und Viehhofs.

In der Sitzung vom 8. Januar 1925 hat die Stadtverordneten-Versammlung grundsätzlich dem Erweiterungsprogramm des Schlacht- und Viehhofs zugestimmt. Die Planarbeiten des ersten und zweiten Bauabschnitts nach den Vorlagen vom 5. Februar 1925 und 17. Juni 1925 sind fertiggestellt. Es sollen nun als die grundsätzliche Arbeiten der Bau des Schlacht- und Viehhofs, der Heber- und Erweiterung der Straßen zwischen Schlachthaus, Gew.- und Kleinrentenamt und Schlachthaus, sowie die dazugehörigen Tiefbauarbeiten in Angriff genommen werden. Gleichzeitig soll die Hauptstraße des Schlachthofs für den parkartigen Verkehr entsprechend verbreitert und der Wagenhalteplatz befestigt werden. Das westliche Aufschlaggleis des Schlachthofs genügt ebenfalls nicht mehr den Anforderungen und muß daher erweitert werden. Die Erweiterung der Großviehschlachthalle ferner wird bedingt durch den immerhin Umbau der Schlachthausanlage. Die Erweiterung der Schweinefleischhalle um zwei Hektar entspricht einem dringenden Bedürfnis. Die Bauarbeiten sind von der Gew.- und Tiefbauverwaltung wie folgt veranschlagt:

Geuden- und Überprüfungs-Überbauarbeiten und Geudenhaus 300.000 Mark. Schlachthaus für Schweine und Rinder 1.000.000 Mark. Verordnungsgebäude für Tierarzt, Fleischwägen und Fleischerei 15.000 Mark. Entwässerungsbauwerk einschließlich Tore und Warten 17.500 Mark. Verlangung des dazugehörigen Kanals 6000 Mark.

Pferdestall für den Schlacht- und Viehhof 100.000 Mark. Heber- und Erweiterung der Straßen zwischen Schlachthaus, Gew.- und Kleinrentenamt und Schlachthaus sowie innerer Umbau der Schlachthausanlage der Großviehschlachthalle 170.000 Mark.

Umbau am alten Pferdehof zum Durchstellen von Rindern während der Umgestaltung 15.000 Mark.

Auffüllung, Pflasterung und Kanalisation des Geuden- und Überprüfungs-Überbaus 20.000 Mark.

Die Kinderheilstätte in Postau.

Die Arbeiter-Pensionskasse I der Reichsbahn ist wieder einen Schritt weiter im Kampf für die Gefunderhaltung des Volkes gekommen. In der Nähe von Postau erhebt sich inmitten einer schönen Riesenebene ein stattlicher Neubau, der am 1. Juni 1927 fertig sein soll. In den vorhandenen Räumen der Heilstätte sind Frauen des Eisenbahnpersonals zur Pflege untergebracht. Für Kinder stand bisher nur eine Baracke als Provisorium zur Verfügung, die nur während der Sommermonate belegt werden konnte. Der Grundgedanke, daß die Bekämpfung der Volksseuche Tuberkulose schon bei den Kindern beginnen muß, ließ das neue Heim entstehen.

geputzt; Fundamente, Kellergeschosswände und Sockel sind aus Beton. Die Decken sind steinernen. Die Außenwände des mittleren südlichen Bauteils in den beiden oberen Stockwerken muß, um Platz für die Liegehallen zu gewinnen, zurückgeführt werden, und ruht auf Eisenbetonunterzügen und -stützen. Die Balkone wie auch die beiden Treppen sind ebenfalls in Eisenbeton ausgeführt. Die Fußböden der Spiel- und Speisäle, des Unterrichtungs-, Wart- und Unterrichtszimmers sowie die Schlafsäle, erhalten Linoleumbelag. Die Fußböden der Küche, Aborte, Flure, Bade- und Waschräume sowie der Liegehallen werden aus Steinzeugfliesen hergestellt.



Wie das Heim aussehen soll.

Es soll die Heilstätte für 100 kranken Kinder unter 14 Jahren werden im Anschluß an die seit 25 Jahren bestehende Heilstätte, die gegenwärtig von etwa 100 Frauen belegt ist.

Das Gebäude ist ein symmetrischer, langgestreckter Bau, dessen Enden nach Süden etwas vorgezogen sind. Dadurch werden die in den oberen Geschossen vor den Schlafräumen angeordneten Liegehallen gegen Wind und Wetter geschützt. In der Nordseite sind zwei Anbauten vorgezogen, die die Treppen und Abortanlagen enthalten. Das Haus hat vier ausgebauten Stockwerke und ein Kellergehoß. Der östliche Flügel ist für Mädchen und der westliche für Knaben bestimmt. Im Kellergehoß sind die Zentralheizung, Warmwasseranlage, Heizanlage für die Zentralküche, der Kohlen- und Wirtschaftskeller untergebracht. Im Untergeschoß befindet sich die für die gesamte Heilstätte vorgesehene Zentralküche mit ihren Nebenräumen, ferner die Bade-, Brause- und Fußbadeeinrichtungen und Schlafkammern. Im westlichen Flügel liegt eine 3-Zimmer-Wohnung für den Arzt. Im Erdgeschoß liegen die Spiel- und Speisäle, der Unterrichtsraum, das Unterjuchungszimmer des Arztes, der Wart- und Lichtbehandlungsraum sowie eine kleine Küche mit Geschirrabwasch. Im ersten und zweiten Obergeschoß sind Schlafsäle für 2 bis 16 Betten, Waschräume und Schweinezimmer vorgezogen. Vor den Schlafräumen sind überdachte Liegehallen angeordnet. In das Dachgeschoß sollen Mädchenkammern eingebaut werden, die von beiden Flügeln aus erreicht werden können. Da die Liegehallen bei voller Belegung der Heilstätte nicht für alle Kranken ausreichen, soll eine bereits vorhandene Liegehalle unten im Walde mitbenutzt werden.

Das Gebäude ist durchweg massiv ausgeführt, die Außenwände teils aus feinem, ausgefugtem Mauerwerk, teils

Die Wände der Bade- und Waschräume, Aborte und des Lichtbehandlungsraumes erhalten Wandfliesen, darüber und an den Decken Delfarbenanstrich. Zur leichteren Reinigung der Räume erhalten Wände und Decken Kehlen, auch die Fußböden werden ausgedünnt. Türen und Fenster sind glatt und abwaschbar und mit einfachen Profilen versehen. Bei Berechnung der Größe der Schlafräume wurden je 15 Kubikmeter und 5 Quadratmeter Grundfläche für das Bett zugrundegelegt. Die Tagesräume haben eine Grundfläche von 2 Quadratmeter pro Kopf. Als Heizung ist eine Warmwasserheizung vorgesehen. Alle Räume sind mit elektrischem Licht versehen.

Da in den Gebäuden Warmwasserheizungen, und zwar für jedes Gebäude getrennt, vorhanden sind, erhob sich die Frage, diese Einzelheizungen zusammenzufassen, um dadurch die jetzt sehr großen Ausgaben für Brennstoffe herabzusetzen und dem Heizpersonal seine Aufgabe zu erleichtern. Dies wurde in der Weise erreicht, daß in dem an der Straße liegenden Kesselhaus eine Fernheizung in Form einer Mitteldruckdampfheizung eingebaut wurde. Die Dampfrohre wurden in begehbaren Kanälen nach den einzelnen Gebäuden geführt, und dort wurden an Stelle der Heizkessel sogenannte Gegenstromapparate aufgestellt. Der Dampf der Zentrale erwärmt nun das Wasser der Apparate sowie auch der Boiler der betreffenden Warmwasseranlagen. Auf diese Weise wurde anstatt der sechs voneinander unabhängigen Heizungen eine zentrale Anlage geschaffen, die seit 14 Tagen im Betrieb ist und sich gut bewährt. Die Laufkosten für Rinderheim und Fernheizung belaufen sich auf rund 650.000 Mark. Die Reichsbahndirektion Magdeburg hat der Arbeiterpensionskasse in jeder Hinsicht tatkräftige Hilfe zuteil werden lassen. Wir wollen hoffen, daß die Arbeiten weiter so programmäßig fort-schreiten wie bisher. —

Kampfanlage und Gleisverlängerung für den Seuchenhof 5600 Mark. (Kopien der Gleisverlängerung sollen besonders beantragt werden.)

Gleisanlage an der Westseite des Schlachthofs 5000 Mark. Verbreiterung der Hauptstraße und Befestigung des Wagenhalteplatzes im Schlachthof 40.000 Mark.

Pflasterung und Kanalisation einer Zufahrtsstraße zum Pferdehof 15.000 Mark.

Wasserleitungen, Dampfleitungen und Kabel usw. für Seuchenhof und Pferdehof 30.000 Mark.

Erweiterung der Großviehschlachthalle 125.000 Mark.

Erweiterung der Schweinefleischhalle 500.000 Mark.

Die Finanzierung soll wie bisher durch Aufnahme kurzfristiger Kredite erfolgen, die aus den laufenden Einnahmen des Schlacht- und Viehhofs rechtzeitig zurückgezahlt werden können.

Die Vorlage wurde einstimmig genehmigt.

Freie Arztwahl für Kriegesbeschädigte

Stadtv. Mann begründete einen Antrag der Völkischen, der verlangt, daß den Kriegesbeschädigten, Kriegeshinterbliebenen und Sozialrentnern die freie Arztwahl uneingeschränkt zugesprochen wird.

Stadtv. Röber (Soz.): Ich wundere mich über diesen völkischen Antrag, denn die freie Arztwahl besteht schon. In dieser Angelegenheit ist auseinanderzuhalten, Heilbehandlung als Folge einer Kriegesbeschädigung und Behandlung, die sich aus einer von dieser unabhängigen Krankheit ergibt. Es ist bedauerlich, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag vorgelegene reichsgesetzliche Erledigung der Heilbehandlung für Kriegesbeschädigte und Kriegeshinterbliebene nicht angenommen worden ist. Eine Konferenz der Wohlfahrtsämter hat sich ebenfalls dafür entschieden, daß diese Frage Angelegenheit des Reiches ist. Eine Änderung ist unbedingt notwendig. Es ist z. B. eine unbillige Härte, wenn die Frau eines Gefallenen, die keiner Krankenkasse angehört, im Krankheitsfall auf die Güte des Wohlfahrtsamtes angewiesen ist. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten ist bereit, zu den Kopien, die eine Versicherung der unterjuchungsberechtigten Kriegesopfer gegen Krankheit mit sich bringt, eine Beihilfe zu gewähren. Vom Magistrat erwarten wir, daß er alles tut, was in seinen Kräften steht. Überall werden Denkmäler für die Gefallenen errichtet; das beste Denkmal ist aber die materielle Hilfe. Wir beantragen, den völkischen Antrag dem Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamtes zu überweisen.

Bürgermeister Jenz erklärt, daß grundsätzlich freie Arztwahl besteht. Nicht des Magistrats ist es aber, die Möglichkeit einer Einschränkung zu haben. Die Behandlung der Fälle in individueller Weise hat sich aber besser erwiesen als die generelle Unterbringung. Im übrigen sagt er zu, daß die Stadt alles tun wird, was in ihren Kräften steht und soweit das Reich der Stadt Mittel zur Verfügung stellt.

Der Antrag wird dem Verwaltungsausschuß des Wohlfahrtsamtes überwiesen.

Ein zweiter Antrag der Völkischen verlangt die Aufhebung eines Ausschusses, aus dem alle bei den städtischen Dienststellen beschäftigten Doppelverdiener entfernt sind.

Stadtv. Bone (Rechtsf.) sagt dazu, daß man hier möglichst sozial handeln müsse.

Stadtv. Bach (Soz.): Es gibt zwei Arten von Doppelverdienern. Die einen sind ein Ausdruck der schweren wirtschaftlichen Not, in der wir uns befinden. Die schlechte Entlohnung vieler Arbeitnehmergruppen macht es nötig, daß für den Familienunterhalt beide Ehegatten arbeiten müssen. Hiergegen ist nichts zu sagen. Anders ist es aber, wenn abgebaute Beamte, die eine ausreichende Rente beziehen, noch einen Nebenverdienst haben. In der freien Wirtschaft ist das besonders oft der Fall; ja es gibt Geschäfte, die nur solche Doppelverdiener einstellen, weil sie mit einem geringen Gehalt zufrieden sind. Ein solcher Zustand muß auf das entschiedenste bekämpft werden, weil das große Heer der arbeitslosen Angestellten dadurch anwächst und zum andern die Forderungen auf Erhöhung der Gehälter labortiert werden.

Stadtrat Böhme schließt sich voll und ganz der Auffassung an, daß das Doppelverdienerum nach Möglichkeit verschwinden muß. Er hält aber den von den Völkischen vorgelegten Weg nicht für gangbar, weil dadurch eine Schmeichelei entsteht, die nicht im Interesse der städtischen Beamten und Angestellten liegt. Böhme schlägt vor, diese Fragen von Fall zu Fall einem Ausschuß zur Behandlung vorzulegen.

Stadtv. Köhler (Dem.) ist für den Vorschlag Böhme.

Stadtv. Pennige (Rechtsf.) wendet sich gegen Bach. Die Arbeitgeber tun ihr Mögliches, die Doppelverdiener zu verbieten. Der Antrag wird dem bestehenden Ausschuß für erwerbslose Angestellte überwiesen.

Kommunisten-Anträge.

In der üblichen langweiligen Art begründet der Stadtverordnete Kahner einen kommunistischen Antrag, der die Auflösung des Stadtparlamentes verlangt. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein anderer Antrag der Kommunisten, in dem besondere Beihilfen für die Erwerbslosen gefordert werden, wird durch eine Rede des Stadtv. Wippert begründet.

Stadtv. Röber (Soz.): Die Lage der Erwerbslosen ist außerordentlich schwer. Die Sozialdemokratie hat überall ihr Möglichstes getan, dem Erwerbslosenstand zu helfen. Mit langen Reden, wie sie die Kommunisten halten, ist noch nichts geändert worden. Es gibt aber noch einen andern Hilfsmittel, der dringend der Hilfe bedarf. In Magdeburg werden in jedem Monat durchschnittlich 60.000 Menschen finanziell vom Wohlfahrtsamt unterstützt. Bei diesen Opfern des Krieges und der Inflation ergeben sich noch traurigere Bilder als bei den Erwerbslosen. Eine Mutter, die einen Sohn im Kriege verloren hat, erhält ganz 27 Mark im Monat. Die Mittel für die Sozialrentner sind außerordentlich niedrig und bedürfen dringend der Aufbesserung. Für einen ledigen Sozialrentner beträgt der Betrag 33 Mark pro Monat. Es ist komisch, daß die Erwerbslosigkeit immerhin jährlich befreit ist, während die Renten dauernd bzw. für Bedienten gekürzt werden. Das ganze Verhalten der Kommunisten in allen Fragen, wo es sich um die Förderung der Not handelt, mutet sehr komisch an. In den Ausschüssen, in denen der größte Teil der Arbeit geleistet wird, orientieren sie sich uninteressiert. Im Saal aber halten sie große Reden. Hier sind ja auch die Arbeiter. Die Taktik der Kommunisten geht darauf hinaus, nur Arbeiter und Bedienten gegen den Magistrat zu stellen. Die Kommunisten wirken sehr gut, daß die Bewilligung der von ihnen geforderten Mittel...

Sie sind überrascht!!

Sie kaufen bei uns gegen bar naturgemäß **bedeutend billiger** als in den Abzahlungsgeheimnissen **Sie sparen Geld** für Zinsen und Verluste, die Sie in den Abzahlungsgeheimnissen für andere mitbezahlen müssen. **Auf Kredit kaufen, heißt Verschuldung!** Der Volksmund sagt: **Sorgen — macht Sorgen!!**

Herren-Oberteile: Hemden, Kragen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Herren-Oberteile: Hemden, Kragen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Herren-Oberteile: Hemden, Kragen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Herren-Oberteile: Hemden, Kragen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95
Damen-Oberteile: Blusen, Blusen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Damen-Oberteile: Blusen, Blusen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Damen-Oberteile: Blusen, Blusen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95	Damen-Oberteile: Blusen, Blusen, 27/30 1.25, 25/26 1.25 28/29 1.10, 18/23 95

- über die **Tiefengröße** unserer Räume
- über unsere **Tiefenauswahl**
- über **Form, Schönheit und Güte** der Ihnen vorgelegten Waren
- über unsere bis weit in die Provinz hinein anerkannte **Kreiswürdigkeit**

PETZON

Haus Bodensteiner

168 Breiter Weg 168 eine Treppe

Teilzahlung

empfehle ich bei kleiner Anzahlung und geringer Abzahlung

Herren-Garderobe

Anzüge, Paletots, Sammetmäntel, Windjacken, Breches u. getreiftete Hosen.

Damen-Garderobe

Mäntel, Straßen- u. Gesellschafts-Kleider, Blusen, Kostüme, Röcke, weiche Plüschhüte.

Ballroom für Damen u. Herren. Strandjacken in versch. Farben. Cheviots, Gabardine, Calenne, Wafel und Wol-Muffeln, Gänge in Glas, Leder, marocain, Popeline, Châlelonge-Decken, Pelz, Leinwand- u. Füllwolle, Gardinen vom Meter, Stores, Kissen-Gardinen, Stragen, Teppiche, Tische und Bettfedern usw., Kissenstoffe in Stäberdamast, in weiß, elfenbein und altgold.

Lindener Samt

verschiedene wundervolle Farben.

Balkleider

Pelz, Schuhs, Mantel usw.

Pelzschals

Einsatz- und Oberhemden

Normal- u. Barchent-Hemden

Schuhe

für Herren, Damen und Kinder.

Alle Kunden und Beamte erhalten Ware nach ohne Anzahlung. Auswärtige Kunden erhalten die Fahrt vergütet.

Anzahlung 20%

S. Margulies

Breiter Weg 80/81
Eingang Katharinenstraße
Kein Laden nur 1. Etage
Annonce mitbringen!

Kolonialwaren

bei **Rauscher** gut und billig!

Soweit Vorrat bietet an:

Ölfrüchte	Gemüse-Konserve
Kleine weiße Parthenonen 18/20 1.80	Semmel-Erbsen 2-Pfd-Dose 70
Weißer Langbohnen 18/20 1.80	Gemüse-Erbsen 1-Pfd-Dose 42
Weißer Schmalzbohnen II 18/20 1.80	Junge Erbsen 2-Pfd-Dose 88
Weißer Schmalzbohnen I. handverlesen 18/20 1.80	Junge Erbsen 1-Pfd-Dose 48
Linson, russ. Mittel 18/20 1.80	Junge Erbsen, mittel, 2-Pfd-D. 105
Gelbes Linson 18/20 1.80	Junge Erbsen, mittel, 1-Pfd-D. 58
Grüne russ. Linson 18/20 1.80	Junge Schnittbohnen 2-Pfd-D. 88
Viktoria-Erbsen 18/20 1.80	Junge Brochbohnen 2-Pfd-D. 88
Kleine gelbe Erbsen 18/20 1.80	Jg. Schnittbohnen, fabeln., 1-Pfd-D. 95
Grüne Erbsen 18/20 1.80	Jg. Brochbohnen, fabeln., 2-Pfd-D. 95
Geschälte Mittelbohnen 18/20 1.80	Gemischte Gemüse 2-Pfd-Dose 88
Reis	Gem. Gemüse, mittel, 2-Pfd-D. 112
Bruch-Reis 18/20 1.80	Leipziger Allerlei, mit ganzen Karotten 2-Pfd-Dose 98
Hangon-Reis 18/20 1.80	Leipziger Allerlei, mit ganzen Karotten 1-Pfd-Dose 58
Sassaparilla-Reis 18/20 1.80	Leipz. Allerlei, mittel, 2-Pfd-D. 128
Moulin-Reis I 18/20 1.80	Steinpilze 1-Pfd-Dose 98
Valencia-Reis 18/20 1.80	Getrocknete Früchte
Kronenparma-Reis 18/20 1.80	Betr. kaff. Aprikosen 1-Pfd. 180
Saff. bzw. rose Reis 18/20 1.80	Betr. kaff. Aprikos. große 1-Pfd. 190
Wässhfabrikate	Krautfeigen 1-Pfd. 35
Diamant-Mehl 18/20 1.80	Sevillafeigen 1-Pfd. 25
5-Pfd.-Leinwandbeutel 155	Gebackene Kuchen
5-Pfd.-Papierbeutel 150	Thamer Katharinen 1-Pfd. 28
2-Pfd.-Papierbeutel 65	Schokoladen-Kuchen 1-Pfd. 38
Loose ausgewogen 18/20 1.80	Baiser Kuchen 1-Pfd. 22
Anzugmehl 18/20 1.80	Loisitzer Bomben 1-Pfd. 22
Weizenmehl 000 18/20 1.80	Schokoladen-Herzen 1-Pfd. 28
Diamantgrind 1-Pfd. 35	Butterkekse 10-Pfd. 78
Hartweizengrind 18/20 1.80	Tortenkekse 350-g. 78
fein, mit e. und grob 18/20 1.80	Defektwaren
Buchweizengrind 18/20 1.80	Portug. Chinchards 30-mm-Runde 48
Gruppen, mittel und grob 18/20 1.80	Portug. Gelardinen, The Queen, 30-mm-Runde 45
Feine geschälte Porngrosen 18/20 1.80	Portug. Gelardinen, Pinhas, 30-mm-Runde 48
Heferücken, in e. 18/20 1.80	Portug. Gelardinen, 40-mm-Runde 55
Gebrannte Kaffee	Briklage, in Osmant, 1/2 Dose 48
mit reinsten, besten, besten Sorten	en haltend an 16 Stück 48
Santos-Mischung 1/2 18/20 1.80	Brüderlinge, an 1-Pfd-Dose 88
Savoy-Mischung 1/2 18/20 1.80	Moring in Sahne an 1-Pfd-Dose 88
Guatemala-Mischung 1/2 18/20 1.80	Regen
Mokka-Mischung 1/2 18/20 1.80	Ger. Ser. 12er Paraffin, 1-Pfd. 88
Katharinen-Mischung 18/20 1.80	12er, 18er Paraffin, 1-Pfd. 88
Sonliges Kaffee 18/20 1.80	Wasser
Karantank 18/20 1.80	mit feiner Qualität
Gebrannte Gerste 18/20 1.80	Eier-Schnittwaren, verschiedene Sorten 18/20 1.80
Wassermelonen in Glas u. Zopf	Eier-Fabrikate, 1-Pfd. 38
kleine, mittlere, große	Eier-Schnittwaren, 1/2 18/20 1.80
1-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
2-Pfd. 110	Eier-Auflauf 18/20 1.80
3-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
4-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
5-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
6-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
7-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
8-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
9-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
10-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
11-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
12-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
13-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
14-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
15-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
16-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
17-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
18-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
19-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80
20-Pfd. 110	Eier-Röhren 18/20 1.80

Zentral-Theater

DIREKTION WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr:

WIE EINST IM MAI!

Operette von Walter Rollo
verbunden mit

großer Modenschau

Freitag abends 8 Uhr
am selben Male

Rotkäppchen

Märchen mit Gesang und Tanz
in die Nebenschaubühnen. Schokoladenregen.

Sonntag: 2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr
zu kleinen Preisen.

Wie einst im Mai

abends 8 Uhr

Wie einst im Mai

mit

großer Modenschau

Voransicht

Freitag den 17. November (Sapient)
abends 7 1/2 Uhr:

Richard-Wagner-Konzert

70 Stimmen
Dirigiert:
Gustav Meißner
König
Karl Schneider
Heldentenor der k. Hof-Oper Charlottenburg
Soubrette: H. Kroll

Neustädter Lichtspiele

Freitag bis Montag:

Elizabeth Bergner
Der Geiger von Florenz
Hörner in 5 Akten

Elizabeth Bergner spielt die Hauptrolle der Tochter Händel, Conrad Velders den Vater, der von seiner Tochter abgöttert wird. Rosa Wagner die zweite Frau des Vaters, in der Handlung das überliche Haus verläßt um als Soubrette durch Italien zu gehen. Walter Händel, der Sohn des Vaters, der seine Mutter liebt, den Väterchen und Mutter. Rosa Wagner, die zweite Frau des Vaters, die seine Mutter liebt, den Väterchen und Mutter. Rosa Wagner, die zweite Frau des Vaters, die seine Mutter liebt, den Väterchen und Mutter.

Der 2. große Film des Abends bringt **Wilton GIBB** in dem sensationellen Abenteuer **Der Mann mit den zwei Gesichtern.**

Als Einleitung wie immer: **Die aktuelle Deutig-Weche.**

Spielzeit:
Freitag ab 8 Uhr, Sonntag ab 8 Uhr, letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Zentral-Theater

Sonntag: Wiederanstreten **Fräulein Wäldchen** in ihrer Glanzzeit als Mutter. Der größte Liebesroman des Jahres.

Solange dein Mütterlein noch lebt!

Schicksalsgeschichte einer Mutter bis zur Trennung e. in 5 Akten u. 12 Bildern

In Regiebereitschaft mit über 1000 Besuchern mit bester geliebter Erfolg aufgeführt!

Nur einige Aufführungen. Keine Probe.
Sonnabend: 1. Vorstellung: 8 Uhr
Sonntag: 1. Vorstellung: 8 Uhr

Gemeinschaften und die 7 Sterne

Verboten: 11-1 Uhr.

Volksbühne Burg

Im Dienstag den 16. November 1910, abends 8 Uhr, im Saal des „Königlichen“

Rosmersholm

Schmied in 4 Akten von Henrik Ibsen
Uebersetzung: Fritz Herz
Schauspiel: 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 9

Nachrichten aus der Provinz.

Saatenstand Anfang November.

Die der Amtliche Preussische Pressebericht der Statistischen Korrespondenz entnimmt, ist die Kartoffelernte zum größten Teile beendet, die Aüßenernte dieses noch im Gange. Kartoffeln und Rüben haben oft durch Nässe gelitten. Niederträge waren ungleich verteilt, so daß die Verhältnisse vielfach noch sehr im Rückstand sind. Roggen und Gerste sind meist im Boden, z. T. auch schon aufgegangen. Sehr viel weiter zurück ist die Weizenbestellung; wo die Saat schon aufgegangen ist, wird sie verhältnismäßig günstig beurteilt. — Schädlings werden im allgemeinen als gering bezeichnet.

Soweit man bis jetzt aus den vorliegenden Nachrichten Schlüsse ziehen kann, stellt sich der Saatenstand beim Getreide, mit Ausnahme des Gemenges, durchweg schlechter dar als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Eine wesentliche Verbesserung ist beim jungen Alee festzustellen. — Ueber Maul- und Auauenseuche wird vereinzelt geflagt.

Kreis Wolmirsdorf.

Wurst vom 1sten Schweine.

Wir melden schon die Fleischvergiftungen in Schnarsleben und erfahren dazu folgendes: Wegen der massenhaften Fleischvergiftungen hat am Mittwoch eine eingehende Hausdurchsuchung beim Fleischermeister Höppner, von dem die krankheitsregenden Fleisch- und Wurstwaren stammen, stattgefunden. Dabei wurden, im Garten vergraben, Reste von verdorbenem Schweinefleisch gefunden. Im Verhör, das der Staatsanwalt vornahm, gestand Höppner, das Fleisch eines verendeten Schweines zu Wurst bearbeitet zu haben. Höppner und seine Frau wurden darauf nach Magdeburg in Untersuchungshaft abgeführt.

Die Zahl der Erkrankten hat 70 überschritten. Der größte Teil befindet sich zum Glück auf dem Wege der Besserung. Nur in einem Falle hat sich die Krankheit verschlimmert; der Mann mußte dem Krankenhaus in Magdeburg zugeführt werden. Der ärztliche Befund hat in allen Fällen Paratyphus ergeben.

Der Bevölkerung hat sich eine partei Erregung bemächtigt. Es ist dies nicht der erste Fall, in dem die Behörden eingreifen mußten. Schon im Laufe des Sommers war im benachbarten Niederbodeleben dem Fleischermeister Regenar wegen Unsauberkeit und dergleichen mehr der Betrieb für mehrere Wochen geschlossen. Es muß verlangt werden, daß die Behörden mit aller Schärfe gegen Leute vorgehen, denen ihr eigener Profit höher geht als das Leben ihrer Mitmenschen. Eine peinliche regelmäßige Kontrolle liegt nicht nur im Interesse des Publikums, sondern auch im Interesse der übrigen Fleischer, deren Geschäft unter solchen Vorlesammnissen ebenfalls leiden muß.

Wolmirsdorf. Aufhebung der Hundesteuer. Die Hundesteuer ist mit Wirkung ab 11. November für den Kreis aufgehoben. Betriebseinschränkung der Kleinbahn Wolmirsdorf-Kobitz. Ab 15. November fallen die Züge 8 Uhr vormittags ab Neßitz und 10 Uhr vormittags ab Wolmirsdorf aus. Im Sonn- und Festtagen ruht der Verkehr der Kleinbahn überhaupt, was sehr zu bedauern ist. — Nachkänge zur Revolution. Mit Genehmigung können wir feststellen, daß im Infanterie- und den wohlgeleiteten Abend vertriebenen Kennzeichen für die Partei zu verzeichnen sind. Unentwegt werden wir weiter werden und können schon heute darauf hinweisen, daß Anfang Dezember wiederum eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der ein bekannter Genosse einen Lichtbildervortrag halten wird.

Kreis Renhaldensleben.

Renhaldensleben. Vom Mittelstandslanbau. Jetzt fangen auch in unserer Gemeinde endlich langsam die Vorbereitungen zum Lanbau an. In unmittelbarer Nähe des Lanbauwegs am Ende 12 an der Renhaldenslebener Straße werden auf den verpackten Gemeindeflächen Steine angefahren. Es ist eine Verlegung eines Teiles der Renhaldenslebener Straße nötig. Mit diesen Arbeiten scheint man jetzt zu beginnen. Auch mit der Brückenarbeiten soll in kürzester Zeit angefangen werden.

Hummendorf. Die Frauengruppe der Partei hielt am 9. November eine Versammlung ab, die einen sehr guten Erfolg aufzuweisen hatte. Nach einleitenden Begrüßungen durch den Vorsitzenden, Genossin Wiermann, wurde eingehend über die Wehrmachtüberprüfung verhandelt. Die Partei soll am Dienstag der Wehrmachtüberprüfung teilnehmen. In dankschwerer Weise hat die Gefangenschaft des Reichstunners Schwarz-Mat-Hold ihre Mitwirkung durch Vortrag von Liedern zugesagt. Die Vorsitzende machte ferner auf die Arbeiterkassenkarte aufmerksam und hat die anwesenden Frauen, recht rege hierfür im Orte zu agitieren. Den Postbetrieb hat für unsere Ort der Genosse A. Schwaner übernommen. Es ist in jeder gewöhnlichen Menge bei ihm zu haben. Mit der Wasserleitung, immer neue Mitglieder für unsere Frauengruppe und somit für die Partei zu gewinnen, erreichte der öffentliche Verkehr seinen Höhepunkt. — Am Sonntag nachmittag 3 Uhr hielt die Partei eine Versammlung zur Feier der Revolution ab. Alle gingen zum Gemarkungsamt der Frau zusammen.

Kreis Wanzleben.

Landgemeindefestung.

Die Kreisorganisation des Landgemeindefestungsbundes hielt am Mittwoch eine gut besuchte Sitzung im Fiedelhofen statt ab. Der Vorsitzende, Gemeindefestung Genosse Heine (Wanzleben) begrüßte die Gemeindefestung und Wanz und wies insbesondere auf die Notwendigkeit für die Gemeinden hin, sich im Verbande der Landgemeindefestung zusammenzuschließen. Die wanzlebener Mann hat sich über das Parteiprogramm und die Wanzlebener. Sie wird darauf hin, daß für jedes Mitglied ein Mitgliedschein der Jugendabteilung eingehandelt werden müßte. Die Erstellung der Gemeindefestung werden die Wanzlebener darauf gewarnt, ob sie in jeder Weise einwandfrei sind. In einem Punkte müßte darauf bedacht genommen werden, daß die verfügbaren Mittel im Kreis in geeigneter Weise untergebracht werden. Insbesondere Sorge bereiten dem Jugendamt die von politischen Aufwachen arbeitenden hundertjährigen Kinder.

Zwei weitere Referate hatte Genosse Heine vom Wohlfahrtsamt übernommen. Er behandelte die Zusammenfassung der örtlichen Wohlfahrtsvereine und des Landesverbandes und Wanzleben und gab davon aus, daß die örtlichen Wohlfahrtsvereine die Zusammenfassung der Wohlfahrtsvereine in der Gemeinde sein müßten. Hier müßten als Hauptstützpunkte in absehbarer Weise durchgezogen werden. Diese Prüfung der Antrag, darf sich nur auf die Hilfsbedürftigkeitsfrage erstrecken. Jedes andere Anwesen muß ausgeschlossen werden. Hier muß der Gemeindefestung die Aufgabe sein, keine Partei. Nach den Mitteilungen, die vom Kreisverbande herausgegeben sind, müssen in die örtlichen Ausschüsse hauptsächlich finanzielle Hilfsangelegenheiten delegiert sein. Es müßten keine Organisationsfragen, die sich um der Frauen Wohlfahrtsvereine handeln. Also keine „Wohlfahrtsvereine“!

Die Mitglieder der Wohlfahrtsvereine haben ferner die Aufgabe, sich nicht allein beschränkt an der Aufnahmearbeiten zu beteiligen, vielmehr müssen sie auch aktiv an die fürsorgerischen Arbeiten herantreten, z. B. Ermittlungen, Streifen in den Familien usw. Damit werden die Hilfsorgane ausgeschaltet. Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeitsfrage ist möglichst weitestgehend und individuell zu verfahren. Jeder Hilfsfall liegt anders und muß entsprechend behandelt werden. Bei Beschwerden ist in erster Linie diejenige Instanz maßgebend, die die fürsorgerische Verfügung erlassen hat. Es ist dies der Bezirksfürsorgeverband — Kreisaustrich. Gegen dessen ablehnenden Bescheid steht den Antragstellern der Einspruch beim Bezirksauschuss zu. Dieser entscheidet in diesen Fragen endgültig.

Die beherrschenden Ausführungen des Referenten fanden lebhaftes Interesse. Einige Anfragen in der Diskussion wurden eingehend beantwortet. Landrat Genosse Kelling wies eingehend darauf hin, wie notwendig eine zeitweise Nachprüfung der Hilfsfälle ist. Dies sei auch der Grundgedanke einer früheren Ansetzung in einer Landgemeindefestung gewesen. Wenn dies einzelnen Gemeindefestungen Veranlassung gegeben habe, aus eigener Machtvollkommenheit und entgegen den bestehenden Bestimmungen generelle Kürzungen bei den Sozialrentenempfängern und so weiter vorzunehmen, so sei dies unzulässig. Wenn die Landgemeindefestungen mit diesen generellen Kürzungen als Schulbeispiel in einer Rundverfügung dargestellt worden sei, so habe dies seine bestimmten Gründe gehabt. Die festgelegten Richtsätze sind nicht so aufzufassen, daß diese in jedem Einzelfall zur Anwendung kommen müssen, jedenfalls ist auch hier Individualisierung zu beobachten. Geheut wird werden, aber nur in richtiger Weise und am rechten Platze. Die Ausführungen fanden allgemeine Anerkennung.

Genosse Heine erbat sich sodann noch Bericht über die Tagung des Deutschen Landgemeindefestungsbundes in Mainz und des Provinzialverbandes in Halle. Sinein in den Verband der Landgemeindefestungen!

Groß-Otterleben. Erwerbslosenparität. Ende Oktober waren 430 Erwerbslose verzeichnet. Neu gemeldet haben sich im Oktober 133 Personen, Beschäftigung fanden 156 Personen, so daß 377 Unterführungsempfänger vorhanden waren. Hiervon sind 55 Personen noch nicht 21 Jahre alt und 14 Personen weiblichen Geschlechts. — Radfahrers-Bezirksrat. Der 6. Bezirk des Arbeiter-Radfahrer-Bezirksverbandes Solidarität hält am Sonntag seinen Bezirksrat ab. Die Verhandlungen beginnen vormittags 10 Uhr in den „Dankstätten“. — Die Revolutionsfeier der Arbeiterjugend ist würdevoll verlaufen. Einleitend wurde die Internationale gesungen; es folgten zwei Musikstücke, auf Violine und Gitarre gespielt, von einigen Jugendgenossen. Die Feierrede hielt Genosse Duppert. Drei muß man denken, drei soll man handeln. Drei soll der Mensch sein. Viele Menschen haben noch nicht begriffen, wie die Volksgewalt anzuwenden ist. In vordem Art verstand es der Redner, die jungen Zuhörer zu fesseln. Er forderte die Jugend auf, fest zusammenzukommen. Dann folgten noch Rezitationen, Gesang und Musik.

Wanzleben. Vom neuen Parteiverein. Am Mittwoch den 10. November wurde hier eine Ortsgruppe gegründet. Parteisekretär Genosse Bernick gab sehr eingehende wertvolle Richtlinien für den Aufbau unserer Ortsgruppe. Wir hoffen, die leider noch kleine Zahl der Mitglieder bald vergrößern zu können. Anmeldungen nehmen der Vorsitzende Lehrer Pöschel und der Kassierer Müller entgegen.

Wanzleben. Revolutionsfeier. Anlässlich des Jahrestags der Revolution fand eine gut besuchte Jugendparade statt. Genosse Schumacher (Wanzleben) schilderte in feindseliger Weise die Entstehung der deutschen Republik. Durch Reden zum Ziele war der Entschluß gefasst und Lebensweg der Republik in den letzten 8 Jahren. Trotz aller Schwächen der jüngsten Revolution, trotz schmerzlicher Kampferweise angeführter Revolutionäre von links steht am 8. Geburtstag die deutsche Republik noch innen und außen gefestigt da. Es war ein dornenreicher Weg vom Waffenschlachten bis zu der Stunde in Genf, wo die deutsche Republik als gleichberechtigtes Mitglied im Völkerverband Aufnahme fand. Stresemann erriet heute die Vorarbeiten für die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei durch ihre Fernsichtungsorgane. Wir sind mit vielen Dingen, die sich in der Republik abspielten, nicht zufrieden; vor allem müssen Schule, Justiz und Reichswahl in republikanischer Sinn umgestaltet und mit neuem Geist erfüllt werden. Diesen Ziele gilt unsere Arbeit und unser Kampf. Trotzdem lieben und schätzen wir unsere Republik, weil sie uns die Plattform bildet, um für unsere Ziele erfolgreich arbeiten zu können. Der Redner erriet für seine lehrreichen Ausführungen stürmischen Beifall. In dankenswerter Weise vermittelte die Arbeiterjugend, die Arbeiterturner und die Arbeiterjugend durch prächtige Darbietungen den Abend. Auch ihnen wurde reichlich Beifall gezollt. Mit dem Lied „Auf, Soldaten, schließt die Reihen!“, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Der Zentralverband der Arbeiterjugend hält am Sonntag den 14. November, vormittags 10 Uhr, in der „Weinstube“ eine öffentliche Versammlung ab, in der Gen. Heine erriet aus Wanzleben wird, Arbeiterjugend, Wanzleben, fürsorgerische Unterführungsempfänger, Invalidenrente, Heil- und Invalidenrentenempfänger, erriet alle in dieser Versammlung und treten dem Zentralverband der Arbeiterjugend und Wanzleben bei, denn nur vereint ist es möglich, dem Aufbau der Arbeiterjugend wirksam entgegenzutreten!

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

Wanzleben. Die Revolutionsfeier am Dienstag in der „Weinstube“ war gut besucht. Zur Aufschwung gelangte von der Sozialgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend Wanzleben, die „Kriegsabwehr“ von Wanzleben. Die gute Aufschwung dieser Richtung fand guten Anklang bei den Versammelten. Genosse Hering (Wanzleben) sprach in erhellender Weise zu den Anwesenden und vermahnte diese, auch der Namenlosen zu gedenken, die ihr Blut für die Befreiung 1918 hingegossen haben. Zum Schluß wurde der „Antifaschismus“ vom Genossen Hering zum Vortrag gebracht. Zwei wichtige Programmpunkte, Gesang und Musik des Singkreises, wurden von der Tagesordnung abgesetzt werden. Trotz der Kürze des Programms verlief die Feier würdig und dem Geiste des Tages entsprechend. — Der Frauenabend findet kommenden Sonntag um 8 Uhr in der „Weinstube“ statt. Genosse Heine wird einen Vortrag halten.

werden. Außerdem findet um 9 Uhr ein Vogelfest zwischen Freiheit Mitte, Neustadt und Adler Magdeburg statt. Anschließend Ball. — Note Sänge. Am Sonntag den 4. März nächsten Jahres werden die Beliebten Hoffmanns Noten Sänge wieder mit einem Gastspiel aufwarten. Wer einen gemutvollen Abend erleben will, behalte sich diesen Abend vor.

Stadtkreis Burg.

Der Funktechnische Verein beabsichtigt für Sonntag den 20. und Sonntag den 21. November die Durchführung einer Werberveranstaltung, bestehend aus Lichtbilder- oder Filmvortrügen, Wiedergabe von Rundfunkdarbietungen sowie einer Schau von selbstgebaute und Industrie-Empfängergeräten.

Die dritte Säule in der Arbeiterbewegung ist die Genossenschaftsbewegung. In allen Industrie- und Landorten hat die Arbeitererschaft diese Tatsache erkannt und ist zur Gründung von eigenen Konsumgenossenschaften übergegangen. Der Zweck dieser Genossenschaften soll sein, der Arbeitererschaft gute und billige Ware zu übermitteln und durch die Organisation der Warenverteilung mitzuwirken an der Erringung einer besseren Gesellschaftsordnung. Leider ist aber gerade in der sonst gut organisierten Arbeitererschaft die Untergründung der eigenen Unternehmungen oft zu bemerken. Die Konsumvereinsbewegung hat seit der Wundigung der Inflation trotzdem gute Fortschritte gemacht. Aber in einer Arbeiterstadt wie Burg muß ein noch größerer Aufbau und Ausbau möglich sein. Jeder organisierte Arbeiter muß es sich zur Pflicht machen, in das Weiden der Konsumgenossenschaftsbewegung einzubringen und die Frau des Hauses von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen versuchen. Die Mitgliedschaft in der Konsumgenossenschaft von Burg und Umgebung muß eine Selbstverständlichkeit sein. Darum, Arbeitsbrüder, werbt für den oben genannten Konsumverein, werdet Mitglieder und Käufer.

Kreis Calbe.

Freiheiten des Bürgervereins Bad Salzelmen

Der Vorstand der Stadtparkasse Bad Salzelmen hat jetzt zu den Gerichten und Beschuldigungen gegen den Stadtkämmerer Langjam in einer längeren Erklärung Stellung genommen. Wir sind erst jetzt in der Lage, unsern Lesern davon Kenntnis zu geben:

Der gesamte Vorstand der Stadtparkasse weist die Angriffe als vollkommen unbegründet zurück und erkennt in der Erklärung die ganze Tätigkeit des Stadtkämmerers und Sparkassenleiters, insbesondere sein Handeln in allen Kreditfragen, einmütig an. Erinnerungen irgendwelcher Art waren bisher weder vom Vorstand der Sparkasse noch gelegentlich der vor einigen Monaten stattgefundenen außerordentlichen Prüfung seitens der Regierung und des Sparkassenverbandes zu ziehen gewesen; das Resultat dieser außerordentlichen Prüfung war vielmehr eine lobende Anerkennung für die gute Leitung der Sparkasse und für die von der Sparkasse betriebene Kreditpolitik.

Es heißt dann weiter: Mit seiner bestmöglichen Einstellung und von Sachseite anerkannter Kreditpolitik hat der Vorstand der Stadtparkasse erreicht, daß einerseits Mittelstand, Handel und Gewerbe mit Krediten reichlich unterstützt und über diese hinweg liegende schwere Zeit hinweggeholfen werden konnte, und daß andererseits die Interessen der Sparer in Bezug auf Sicherheit der angelegten Gelder gewahrt sind. Besonders muß hier hervorzuheben werden, daß trotz der heutigen schweren Wirtschaftslage und der dadurch bedingten besonders erschweren Kreditpolitik die Sparkasse nach nicht einen einzigen Verlust aufzuweisen hat. In diesem Sinne weiter zu handeln, ist der Vorlag des Vorstandes der Stadtparkasse.

Man darf ja nun wohl gespannt sein, ob der Vorsitzende des Bürgervereins in der nächsten Versammlung nach dieser einwandfreien Erklärung des Vorstandes der Sparkasse wiederum Beschuldigungen gegen jenen jüdischen Beamten zulassen wird. Es ist höchste Zeit, daß man beiderseitig gegen das unerhörte Treiben des Bürgervereins gegen die Sparkasse Front macht, denn dieser Verleumdungsfeldzug geht ja nicht nur gegen den Leiter der Sparkasse, sondern in erster Linie gegen die Selbst, und das Wohl ist überdies Konkurrenzgeiz, denn die größten Sparer bei dieser Höhe sind der Leiter der Spar- und Darlehnskasse Hilde, Direktor Vogt junior, Stahlhelm-Schlüter und Geyer. Und das ist interessant dabei, daß es gerade dieser Herr Geyer, der Kreisamtsleiter der Deutschen Volkspartei, wagt, Beschuldigungen gegen den Stadtkämmerer zu erheben; derselbe Geyer, der vor nicht allzulanger Zeit wegen Unterdrückung von Verleumdungsgeldern des Roten Kreuzes verurteilt worden ist, hätte doch wirklich allen Grund, zu schweigen. Und das um so mehr, als Geyer von der Sparkasse Kredit erhalten hat, den er nicht nur in voller Höhe, sondern noch mehr, als ihm zulang, ausnutzte. Er hatte zweimal Schecks eingereicht, für die keine Deckung vorhanden war. Es bedurfte erst der schärfsten Maßnahmen seitens des Sparkassenverbandes, daß Geyer seine Schulden abdeckte. Und nun erzählt Herr Geyer mit der Miene eines Unschuldigen in der Bürgervereinsversammlung: Langjam hat mich in die Hände eines jüdischen Bankiers gegeben! Haben ihm denn die „christlichen Bankiers“ nicht geholfen? Sie können vorzüglicher gewesen zu sein als der jüdische Bankier, der nun für seine Unmündigkeit noch verhöht wird.

Die drei anderen Bürgervereinsmitglieder betreffen als Interessenten der Spar- und Darlehnskasse doch nichts anderes als eine, gelinde gesagt, wirklich unehrbare Konturierung gegen die Stadtparkasse. Entum dieser Herren ist erst kürzlich ein Fall nachgewiesen worden, bei dem er selbst vor einer Unwahrheit nicht zurückwich: Eine Frau wollte 1500 Mark anlegen. Man bot ihr bei der Spar- und Darlehnskasse als Zinssatz 9 Prozent und erst, mehr, mit dem Bemerkung, daß die Sparkasse nur 6 Prozent gibt. Tatsächlich war aber der geringste Zinssatz bei dieser für Sparanlagen sonstigen 8 Prozent, und in Sonderfällen 10 Prozent. Eigentlich ist solches Verhalten unlauterer Wettbewerb, und die Sparkasse würde recht tun, wenn sie das einmal vor Gericht feststellen ließe.

Herr Vogt junior besitzt sogar den traurigen Ruhm, anonyme Artikel in den hiesigen bürgerlichen Zeitungen zu veröffentlichen. Er mußte sich in der vorletzten Bürgervereinsversammlung dazu bekennen. So also sehen die Leute aus, die sich als Wortführer der Bürgerlichen hinstellen, ihre eigenen Stadtvorordneten der Unmöglichkeit beschuldigen, die sie, wie Herr Vogt wirklich sagt, dann sind. Anwesende bürgerliche Stadtvorordnete, so der Vorsitzende, Herr Hering, haben diese „Schuldigung“ nicht zurückgewiesen. Sehr bezeichnend! Das „Namenliste“ Vogts scheint allerdings wenigstens insoweit zureichend zu sein, daß damit kommunalpolitische Tordatei gemeint ist, denn die bürgerlichen Stadtvorordneten haben es ja festgelegt, in der Dauerholkommission für ihren Antrag auf Verabreichung der Gewerbesteuer auf 30 Prozent vergrößert zu kämpfen, dem ganzen Komitee, der eine bürgerliche Mehrheit hat. Unparlamentarisch vorzugehen und den von ihnen gewählten Bürgervereinsmitgliedern in einer Sitzung gleich zumut im Grunde zu fordern, nur um den Scheitern des Antrags zu hoffen. Das ist doch allerdings. Und wenn dann die bürgerlichen Stadtvorordneten noch die „Schuldigung“ nicht zurückgewiesen hätten, die ihnen Vogt an den Kopf geworfen hat, dann hätte es sich nicht um einen Teil. Nur weinet! Die Bürgerliche sind doch wohl endlich einsehen, wie wichtig sie gewesen ist, solche Leute zu Stadtvorordneten zu machen. Sie würden aber noch wichtiger sein, wenn sie an die Stelle dieser Stadtvorordneten die Bürgervereinsmitglieder setzten. Fährer und Dornmann wählen würde. Wir hoffen, daß bei der nächsten Wahlen die Bürgerlichen auf ihr unternehmerrisches Treiben von den Wählern die richtige Antwort erhalten werden.

Arbeiterjugend-Verbreitung Stuttgart

Zur Verbreitung der Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

Stuttgart. Die Stuttgarter Arbeiterjugend...

SCHWARTZKOPF & CO. SOHLEN VON HOLZ. SPARKASTEN-REINIGER.

Esst Dr. Axelrod's Joghurt. Magdeburger Molkerei.

CIGAREN-LOHMANN. Advertisement for cigars.

